

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Kreuzweg Nr. 1/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, drei Monate 3.50, sechs Monate 6.50, ein Jahr 12.00. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.75, im Jahre 12.00, im Jahre 12.00.

# Volkswocht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Kreuzweg Nr. 1/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, drei Monate 3.50, sechs Monate 6.50, ein Jahr 12.00. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.75, im Jahre 12.00, im Jahre 12.00.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 36.

Sonnabend, den 12. Februar 1910.

21. Jahrgang.

## Der Polizeipräsident von Breslau

Herr v. Oppen, hat auf das am Dienstag Mittag abgegebene Gesuch der Genossen Neukirch, Abbe und Wiener um eine Rückfrage wegen der Sonntagsvorgänge eine Antwort bisher nicht erteilt.

Dieser Umstand und verschiedene Anzapfungen der staats-erhaltenden Organe haben den Genossen Neukirch veranlaßt, für Sonntag, den 20. Februar, um die Genehmigung für einen großen

### Wahlrechtsumzug

durch die Straßen von Breslau nachzuziehen. 500 Vertrauensleute der Partei und Gewerkschaften — werden dafür sorgen, daß dieser Umzug sich in voller Ruhe vollzieht und die Verkehrsstörungen auf das denkbar geringste Maß reduziert werden.

Auf dieses Gesuch muß der Polizeipräsident eine Antwort erteilen.

## Der erste Tag der Wahlrechtsberatung.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Wie ist eigentlich Herr von Bethmann, der Bonner Borusse, konservative Landtagsabgeordnete und spätere preussische Minister des Innern, der seine Ministerschaft damit begann, Kant und Nietzsche zugunsten der Dreiklassenwahlrecht mobil zu machen, in den Ruf gekommen, ein liberaler Staatsmann zu sein?

Die Wahlrechtsreformvorlage hat inzwischen wohl auch liberale Kreise davon überzeugt, daß er nicht bloß kein liberaler, sondern ein erzreaktionärer Staatsmann ist, und wer wirklich noch daran gezweifelt haben sollte, der wird eines Besseren belehrt sein durch die Rede, die Herr v. Bethmann am Donnerstag im Dreiklassenhaus als Begründung der „Reform“-Sudelrei zu halten den traurigen Mut hatte. — Brechend voll waren die Tribünen und ziemlich voll auch der Saal, als der Komödie erster Art in Szene ging. Verschiedene Wähler erster Klasse hatten sich auf der Zuschauertribüne angehebelt und unterstützten die Katernhoflaute, mit denen die Junker ihre angebliche höhere Bildung dokumentierten.

In der Umgegend des Dumapalais in der Prinz Albrechtstraße war zwar bedeutend weniger Volk als auf dem bekannteren Skarbinablade von der Wahlrecht, dafür umföhrer Söuzmänner zu sehen, die sogar im Lichtloche des Kunstgewerbemuseums den dortigen Ausstellungsgegenständen den Platz streitig machten. Es scheint, daß Herr Borich, der in Vertretung des an der Riviera lustwandolenden Kröcher die Präsidialgeschäfte des Junkerhauses leitet, das Berlin von 1910 mit dem Paris von 1793 verwechselt. Jedenfalls hat er den meriten Herren Kollegen Anweisung gegeben, von wo sie diesmal ihre „Anfahrt“ zu nehmen haben. Herr Borich scheint das Fahren für den natürlichen Bewegungszustand eines königlich-preussischen Abgeordneten zu halten. Als de. Kanzler-Minister-Präsidenten sich erhob, um seine sogenannte Rede vom Stapel zu lassen, gab unsere Fraktion der Entrüstung des Volkes einen spontanen Ausdruck. Darob natürlich große Entrüstung bei den Junkern und Junker-genossen. Der januschauerliche Wilde steht Entrüstung besonders schön, ihr, deren hervorragendes Mitglied, der mit 50.000 Mark besoldete Schnapsdirektor Kreiß, im Reichstagsaal den Ruf nach einem Tierarzt erschallen ließ. Es überbrigt sich, ausführlich auf die Rede Bethmanns einzugehen, bei der niemand das peinliche Gefühl unterdrücken konnte, daß der Vortragende an einem zu engen Halskrause leidet. Ein Ruß von Abgeschmacktheiten, gewidelt in philosophisch sein sollende Nebensarten! Die Palme von allen Tellen der Bethmannrede verdient der Teil, der von der öffentlichen Stimmabgabe handelt. Selbstredend fehlte Bismarcks „gott-gewollte Abhängigkeit“ nicht. Der Linken bereitete die komische Ungeschicklichkeit, mit der der trockene Schulmeister die eleganten Schlangenwindungen Bülow's nachzuahmen suchte, ein heiteres halbes Stündchen. Nach einer Rede des Ministers von Motte kam ein Adjutant des Herrn von Seydbrand, ein schlesischer Junker von Richtigkeiten, nicht zu verwechseln mit dem famillensinnigen Reichstagskreise dieses Namens, zu Worte. Dieser Junker, der nebenbei einen wahren Januschauer von Schimpfworten über unsere sich darob prächtig amüsierenden Genossen niedergehen ließ, brachte es fertig, in der Vorlage den ersten Schritt zum Umsturz aller göttlichen und menschlichen Ordnung zu sehen, weil sie nämlich die indirekte Wahl befeichtigt! Derselbe Junker schloß mit einem argen Verstoß gegen das zweite Gebot, indem er feierlich den lieben Gott um Schutz vor der preussischen Wahlrecht vor-

klammerte. Die endgiltige Stellungnahme der Konservativen zum Bethmann-Monstrum soll erst im Wege des Ruhhandels festgestellt werden.

Der würdige Träger, als Vertreter des entschiedenen Liberalismus begann mit einer erfreulich klaren Verwerfung der ganzen Vorlage, um schließlich doch mit dem matten Geständnis zu enden, daß die Freisinnigen, statt das Scheusal kurzer Hand in die Volksschlucht zu werfen, es der Ehre einer anatomischen Zergliederung in der Kommission würdigen wollen. Ganz vom eilen Ruh-handelgeist durchweht war die Rede des Nationalliberalen Schiffer, der zwar ein paar kräftige Worte gegen das Junkertum und seinen Bedienten Bethmann fand, aber mit einem kräftigen Fluch über vergangene, gegenwärtige und zukünftige Wahlrechtsdemonstrationen schloß und damit den Beifall des gesamten Ordnungsblocks einholte.

### Politische Uebersicht.

**Reichstag.** Die Reichstagsverhandlungen vom Donnerstag erweckten naturgemäß nur geringes Interesse, da der Wahlrechtskampf in Preußen, alles andere überschattend, in dem Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit steht.

Auf der Tagesordnung standen die frisch aus der Budgetkommission gekommenen Stücke des Militäretats. Die Liberalen führten herzerreichende Klagen darüber, daß ungetaupte Bewohner der Tiergartenstraße nicht zu Referveoffizieren befördert werden. Daß dieses gegen das Prinzip staatsbürgerlicher Gleichberechtigung verstoßt, ist natürlich unfraglich. Der Kriegsminister machte faule Ausreden, und die Rechte übte wohl, um Arentis Gefühle zu schonen, und weil sie auf die mütterlichen Vorsahren ihres früheren Führers Limburg-Sturum und ihres jetzigen Führers von Seydbrand Rücksicht zu nehmen hatte, große Zurückhaltung. Amüsant war das Geständnis des Reichs-verhandlungsgenerals Liebert, daß er sich seine Stellung von dem früheren Oberst Gädke vorschreiben läßt. Herr v. Liebert nimmt nämlich immer den entgegengelegten Standpunkt ein wie Herr Gädke. Das ist schon ehrend für Herrn Gädke. Müller-Meinungen kam mit ein paar anerkannterwertigen kräftigen Worten auf die januschauerlichen Wiegelleien zurück, die, wie er mit Recht hervorhob, die Offenbarung der konservativen Herzensmeinung ist, und die Heiligung des Heeres auf die Verfassung zur bringenden Notwendigkeit macht. Genosse Zuehl rügte scharf die fortgesetzte, allgemach auch in bürgerlichen Kreisen Entrüstung erregende Art, wie die Militärkapellen den schwer um ihre Existenz ringenden Zivilmusikern Konkurrenz machen. Für die armen notleidenden Generale legte sich der Edele Gans zu Pulitz ins Zeug, während Erzberger für die Militärmusik eine warme Lauge brach.

**Glatte Ablehnung der preussischen Wahlrechtsreform** fordert der konservative Professor Hans Delbrück. Er schreibt in einem umfangreichen Artikel im „Tag“:

Die Thronrede hat eine organische Fortbildung des bestehenden Wahlrechts verheißt. Unter der organischen Fortbildung einer politischen Institution versteht man die Anpassung an veränderte soziale und wirtschaftliche Verhältnisse. Die Regierungsvorlage bedeutet in keiner Weise eine solche Anpassung an unsere allmählich neu gewordenen sozialwirtschaftlichen Verhältnisse. Sie bedeutet in etwas der oberster Gestalt die Festhaltung des bisherigen als unbrauchbar erkannten Systems. Sie ist ein Schritt zurück zu dem, was die Wahlrechtsreform von 1871 als ein Schritt nach vorn bezeichnet hat. Sie ist es selbst dann nicht, wenn noch das geheime Stimmrecht nachträglich hineingefügt wird, denn das geheime Stimmrecht ist bei der Erhaltung der Klassen und ihrer Reinheit so gut wie wertlos und der Wert, dem man ihm vielleicht noch zusprechen möchte, wird wieder aufgehoben durch die ungeheure Vergrößerung des Wahlrechts der Beamten, denen von den Vertretern der Regierung loben die Wahlrecht, wenn auch nicht ganz abgeprochen, so doch auf das allergeringste Ausmaß beschränkt ist.

Wenn dieses Wahlrecht, sei es auch mit dieser oder jener Modifikation, wirklich zustande kommt, so ist die Herrschaft der Konservativen in Preußen auf lange hinaus gesichert. Die Nationalliberalen würden sich selbst an gehen, wenn sie sich auf dieser Grundlage auch nur zu einer Verhandlung bereit erklärten. Was denn nun aber, wenn diese Vorlage gatt abgelehnt wird und gar nicht zustande kommt? Das ist immer noch besser, als wenn diese Vorlage oder etwas ihr Ähnliches zum Gesetz erhoben wird. Der heutige Zustand ist schlecht; aber weil das auch schon von der höchsten Stelle anerkannt worden ist, bleibt die Möglichkeit, eine Besserung zu fordern und an ihr zu arbeiten. Die heutige Vorlage schneidet die Reformbestrebungen ab, ohne selbst eine Besserung zu bringen.

Delbrück schließt: „Eine einwige Möglichkeit lasse ich zu, aus dieser Vorlage etwas Erträgliches zu machen, was als Abstrichzahlung anzunehmen wäre, nämlich, wenn außer dem geheimen Stimmrecht auch eine eingreifende Änderung in der Einteilung der Wahlkreise Platz griffe. Aber soweit ich sehe, ist das so gut wie ausgeschlossen — deshalb glatte Ablehnung!“ Das schreibt ein Konservativer!

**Privilegien für patoisische Turner.** Der Turnanschuß der reaktionären Deutschen Turnerschaft hat eine Garantie an das Kriegsministerium gemacht, in der gebeten wird, die Verordnung dahin zu ändern, daß tüchtigen Turnern die Genehmigung zum Militärdienst als Einjährig-Freiwillige erteilt wird. Natürlich soll dieses Privileg nicht etwa auch Arbeiter-Turnern, sondern nur den Mitgliedern der Deutschen Turnerschaft eingeräumt werden, die auch die Bereitschaft für die aktive Teilnahme der Bewerber übernehmen will. Von Bescheidenheit sind die Dura-Träger allerdings nicht zurückhaltend.

**Die Freisinnigen und das neue Wahlrecht.** Der Berliner Parteitag der Freisinnigen Volkspartei erhob in seiner gefrigen Tagung scharfsten Protest gegen die dem preussischen Landtag unerbittete Wahlrechtsvorlage. Die im Entwurf vorgesehene ungerechte Verteilung einzelner Verastreise, die Verteilung der Dreiklassenwahl, die Aufrechterhaltung der völlig veralteten Wahlkreiseinteilung und besonders die Verweigerung der geheimen Stimmabgabe sind so schwerwiegende Mängel, daß dagegen die Einführung der direkten Wahl nicht ins Gewicht fällt. Die Verengungsvorläge bedeuten keine zeitgemäße Reform, sondern sind Rückschritt und Stiefwerk mit dem offensichtlichsten Zweck, unter dem Anschein von Verbesserungen das ganz unerechte Wahlsystem zu erhalten und damit die Herrschaft des agrarischen Junkertums in Preußen auch ferner zu sichern.

Der Entwurf eines Stellenvermittlungsgesetzes ist neben dem Reichstagsantrag anzuordnen. Der Entwurf macht den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittlung konfessionell. Die Konfession ist zu verlagern, wenn der Nachsuchende unzuverlässig erscheint, und wenn ein Bedürfnis zur privaten Stellenvermittlung nicht vorliegt. Ein Bedürfnis wird als nicht vorliegend angenommen, wenn kommunale oder sonstige öffentliche Arbeitsvermittlungen im ausreichenden Maße vorhanden sind.

Die Landes-Bezirksämter sind berechtigt, die Tagen für die private Stellenvermittlung festzusetzen.

**Wahlrechtsfreund Zentrum.** In einer auf Donnerstag Abend von den Essener Demokraten erberufenen Wahlrechtsversammlung, an der sich auch die Sozialdemokratie beteiligte, lehnte die ultramontane „Essener Volkszeitung“ die Aufnahme eines Interesses ab. Das tut das selbe Blatt, bei dem sonst Geld nicht sinkt, das Blatt, in dessen Buchhandlung man den „Cavaliere-Rosenberg“ und ähnliche schöne Grauanfälle kaufen konnte und das auch gelegentlich Streikbrecherinsereate nicht verschmähte.

**Von der Veteranenfürsorge.** Die Petitionskommission des Reichstages hat der Vorlegung mehrerer Kriegsteilnehmer von 1870/71 aus Gehört entsprechend einstimmig beschloßen, die Forderung nach Erhöhung der aus dem Dispositionsfonds gewährten Unterstützungen dem Reichstagler als Material zu überweisen. Es wurde die Begründung der Petition als richtig anerkannt, worin u. a. gesagt wird, daß im allgemeinen die gebürtigen Unterstützungen in ihren Sägen seit Umkundungswort Jahren unändert festhalten, während die Gebürtler und Pensionen infolge Verrentierung des gesamten Lebensunterhaltes wesentliche Erhöhungen erfahren haben.

### Ausland

**Muralwahlrecht in England.** Ein konservatives Blatt an den mit Anerkennung zweier Väter, die zusammen 80 Stimmen bei der Parlamentswahl abgegeben haben. Es sind zwei Kaufleute, W. W. und J. W. Walker. W. W. Walker gab zuerst in 3 Lager 9 Stimmen, dann an weiteren 4 Tagen noch 8 Stimmen ab. Er legte zu diesem Zweck 2100 Kilometer mit der Bahn und 177 Kilometer mit dem Automobil zurück. Ingesamt verbrachten beide Brüder kraft ihrer zahlreichen Niederlagen in vielen Kreisen über 50 Stimmen, waren also noch beschiden, nur 30 davon abzugeben. Man rechnet, daß dieses Mehrstimmenwahlrecht, das unter Umständen für ein Land drei Stimmen und dem Inhaber mehrere Bestimmungen eine Reihe Stimmen einräumt, den Konservativen rund eine halbe Million Stimmen eingebracht habe. Sind doch auch die Wähler der Londoner City, die mit erblicher Mehrheit konstitutional gewählt hat, und der Unversitteten, die auch fast nur antimonistische Vertreter entsenden, fast ausnahmslos Mehrstimmenwähler, die noch an mindestens einem anderen Ort ihr Wahlrecht ausüben. Mit Hilfe des Automobils, das diesmal eine ungeahnte Bedeutung gewonnen hat, konnte dieses Wahlrecht der Privilegierten fast vollständig ausgenutzt werden.

**Brotteneuerung in Paris.** Die Pariser Gewerkschaften sehen sich gezwungen, in scharfster Weise gegen die Bäckermeister vorzugehen, die die augenblickliche Lage dazu benutzen, sich auf Kosten der ohnehin durch die Lebensvermehrungen so schwer betroffenen Klassen einen müheosen Extraprofit zu sichern. Sie haben die Brottaxe auf 1.50 Fr. bis auf gar 4 Reis für ein 3 Kilo-Brot erhöht. Das Pariser Gewerkschaftsrat fordert die Bevölkerung durch Auferanlassung auf, sich den Bedarf an Brot zu den früheren Preisen mit Gewalt zu nehmen. Die von den Gewerkschaften eingeleitete Sammlung zur Unterstützung der zahlreichen Notleidenden hatte bisher wenig Erfolg. Am Schluß letzter Woche waren etwa 1200 Frk. beim Pariser Gewerkschaftsrat eingegangen.

**Die Aufgaben des Kabinetts Rhuen.** In den wichen der Kossuthpartei hält man es nunmehr für sicher, daß die Rhuenische Regierung mindestens bis nach den Neuwahlen im Amt bleiben werde. Ringen die Wähler dem Grafen Kossuth eine Majorität, dann wird das Kabinet gewonnenes Spiel haben und sich häuslich einrichten für eine längere Dauer. Geben die Wahlen keine Majorität, dann wird Rhuen allerdings zurücktreten müssen. Aber bis dahin wird er jedenfalls die bosnische Verfassung und den rumänischen Handelsvertrag in Kraft gesetzt haben.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Februar.

#### Weitere Anlagen gegen die Polizei.

Und immer höher steigt die Flut! Die Empörung der Einwohner über die Polizei nimmt kein Ende. Aus der Zahl der heute noch eingelaufenen Zuschriften haben wir noch folgende heraus:

Ein Sattler G. aus der Gäßchener Vorstadt schreibt unter anderem:

„Ich kam mit Hunderten von Genossen die Hummerlei herunter, nachdem wir von der Schweidnitzerstraße durch die Polizei in diese Seitengasse abgedrängt worden waren. Wir saßen dabei und brachten Scherze aus. Der Weg führte uns weiter über den Christophorusplatz nach der Weidenstraße und der dort gelegenen Hauptkaserne. Auf der Weidenstraße kamen vier berittene Soldaten im Trabe an. Trotzdem auch die Straße voller Menschen war, kommandierte der ausführende Polizeikommissar Ziele: „Trab durch die Leute!“, so daß diese zu beiden Seiten gedrängt wurden. Als die Weidenstraße durch die Straßenbarrikaden waren, stellten sich je zwei Mann zu Pferde auf den Bürgersteig der Weidenstraße, sogen die Säbel heraus und trafen die Demonstranten erst auf die Blauerstraße an. Die Polizeiritten dabei im schwarzen Trabe und verfolgten die Anglikantischen bis auf die Schatzstraße und schloßen sie. In der Blauerstraße haben alle vier Reiterinnen allen



Stänge vom Pferde auf die Knieenden ein! Ein Mann bekam einen Schuß in den Kopf, so daß ihm der Darm heraushiel; er stieß schnell nach diesem und lag in einem Leben oder einer Danks. Hinter der bereiteten Mannschaft lag ich auf der Dillauerstraße 20 Schulreute zu Fuß, die ich über die ganze Breite der Straße verstellte und mit einem Kommissar an der Spitze die Menge in die Querstraßen und nach der Klosterstraße zu vor sich drückte. Aus den Querstraßen (Kloster-, Tschudenstraße und Neue Gasse) wurden aber die Genossen wieder von anderen Schulreuten nach der Dillauerstraße zurückgedrückt. Die Verirrten verfolgten die Demonstration bis zur Dillauer-Torwache; dann sprang sie im Galopp zurück nach dem Christophorplatz, dort in die Menge hinein, sie wieder nach der Dillauer-Torwache! Es waren etwa noch 100 Mann, die sich das Gefallen lassen mußten. Zuletzt wurden die verirrten und Verwundeten auf dem Christophorplatz, Ecke Dillauer- und Weidenstraße, zusammengejagt. Darauf lieh er nach dem Wege und die Dillauer-Torwache zu überfallen. Sie hatten ihr Tagewort vollbracht, besonders der Herr Kommissar, der im Hof der Tschudenstraße Nr. 10 wohnt, und wie maßlos er sich mit seinem blauen Degen um sich und auf die Demonstranten eingehauen hatte.

Arbeiter A. R. aus der Tschepine schreibt:  
Für meine Person kann ich vom Glück sagen, daß ich besser abgekommen bin, als der Schloffer Mandrichko, da ich wenigstens keine offene Wunden habe, trotzdem ich auch von Polizeimännern viele einen Liebes über den Kopf und nachdem ich schon halb in einem Dankschrei unterkommen wurde, noch einen Liebes über den Kopf bekam! Daß ich glimpflich davon gekommen bin, ist jedenfalls dabei, daß der Leutnant zuerst mit der Schenke zugewandert hat, nachdem er aber beim ersten Schlage sein Pferd auf dem Trottoir liegen ließ, hat er sich jedenfalls schnell begeben und mich als zweites Opfer hat er mit der flachen Klinge bedroht, denn ich habe es gewagt, wie sich der Edelmann um meinen Kopf bog. So schnell auseinander zu gehen wie der Leutnant es kommandiert hat: „Zum ersten, zum zweiten und zum dritten Mal!“ ging unumwunden, da wir nicht wußten wohin und da der Leutnant direkt an der Dillauer-Torwache, so war es ihm möglich gewesen, jedem der in einem Dankschrei lag, noch ein kleines Andenken mit auf den Weg zu geben! Und das hat er strahlend getan!

Ein Leser aus der Südborscht schreibt uns:  
Es ist eine schlaue Einrichtung der Polizei, daß sie auf den Wankern keine Nummern trägt. So kann jeder Polizist darauf los hauen, ohne daß man sich ihn merken könnte, denn die Schutzmanns-Geschäfte sind sich wohl ziemlich alle gleich. ... Sozial aber weiß ich und habe es seit Sonntag schon drei Mal beobachtet können: Sie sich in der Masse so brutal hervordrücken, sind fürchterlich kleinlaut, sobald sie allein sind. Ich kenne grot von den Polizisten vom Christophorplatz, die ich wiederholt Abends Posten sehen sah. Sei, wie sie da stehen sind! Sie wissen ganz genau, daß sie verraten und verkauft wären, wollten sich auch nur ein einziges Mal die am Sonntag Mißhandlungen rächen! Wurde doch schon im „General-Anzeiger“ darauf hingewiesen, was wohl werden würde, wenn sich einmal fünf Kommands unter die Menge mischten. Und was wollen sie gegen die ausrichten, wenn sie Abends im Finstern an verstreuten Stellen Posten sehen? Daran scheinen die noch gar nicht gedacht zu haben, die am Sonntag die rasenden Befehle des Abteiles so freudig befolgt haben. ...

### Ueber was sprechen wir am Jahlabend?

Manchmal will es hier und da in Jahlabenden mit der Unterhaltung nicht recht vorwärts gehen; die Debatte, kaum begonnen, verfliehet oft nach wenigen Reden, ohne daß sie wirklich lebhaft und anregend gewesen wäre. Im Februar-Jahlabend, am Montag, haben wir dagegen eine Fülle von Stoff vor uns, über den wir zu verhandeln haben. Da ist es selbstverständlich in erster Reihe die Wahlrechts-Vorlage, dieser elende Wechselbalg reaktionärer, hilfloser Regierungsmänner, die auf den Jahlabend belebend einwirkten und ihm einen sehr guten Besuch sichern wird. Anschließend daran werden die Selbsttaten unserer lieben Polizei auf dem Christophorplatz besprochen werden, ebenso die „Vollmacht“-Agitation am übernatürlichen Sonntag, den 20. Februar, die uns bei guter Beteiligung der Genossen mehr als 1000 neue Abonnenten und Hunderte von neuen Parteimitgliedern bringen kann. Zuletzt ist an die Gewerbetätigkeit am 24. Februar zu erinnern und daran, daß diesmal der Sieg uns zufallen muß.  
So ist gewiß dafür gesorgt, daß sich die Verhandlungen nicht nur interessant gestalten, sondern auch gut

hast niemand im Jahlabend!

### Die Pensions- und Altersversicherung und die Privat-Angestellten.

Wie wir bereits mehrfach mitgeteilt haben, hat sich unter den Privat-Angestellten eine Protestbewegung gegen die Verschleppungstatistik der Kassen in Sachen der Pensions- und Altersversicherung erhoben. Interessiert an dieser Bewegung sind vor allem, die dem Mittelstand angehörenden Angestellten, die mit einem Einkommen von mehr als 2000 Mark nicht zur Leibrentenversicherung in den Vorteilen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes berechtigt sind. Eine von der „Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privat-Angestellten“ einberufene öffentliche Rat besuchte Protestversammlung, die am Donnerstag Abend im großen Saale des „Café-Restaurant“, Carlstraße, stattfand, beschäftigte sich mit dieser Frage. Die beiden zu dieser Versammlung eingeladenen Breslauer Reichstags-Abgeordneten, Herr Dagsfeld und Geheimrat Pfundner, waren natürlich nicht erschienen. Herr Pfundner hatte es nicht einmal für notwendig befunden, sich zu entschuldigen. Der in der Versammlung referierende Herr Hammerstein (D.) erwähnte sehr stark die Verschleppungstatistik der Regierung, durch einen in den Kreisen der Privat-Angestellten parti-kularistischen Standesöknel, der mit Einführung einer Sonderversicherung sympathisierte, sei diese Regierungstatistik gewissermaßen noch bekräftigt worden. Unter dem nichtigen Vorwand, daß die technischen Schwierigkeiten der Materie zu groß wären, um etwa 2000 Mark mehr für die Angestellten zu schaffen, sei man einfach die ganze Reform zurück und gibt gar nichts. An eine Regelung der Sache, im Sinne eines Sondergesetzes, könne nicht gedacht werden. Ein solches Gesetz würde für die größte Zahl der Privat-Angestellten kein Segen sein. Die auf 8% vom Einkommen bemessene Beitragleistung nach diesem Gesetz wäre für die meisten der Angestellten, die nicht gerade in den glänzendsten Verhältnissen sich befinden, unerschwinglich. Der einzige gangbare Weg zur Regierung sei der Ausbau der bestehenden Invaliden- und Altersversicherung. Diese wäre durchführbar, wenn die Regierung nur wolle. Nach dieser Richtung hin etwas zu erreichen, müßte daher mit allen Kräften gearbeitet werden. Die Organisation der Angestellten, sowie die Klärung in dieser Frage in weiteren Kreisen, sei ein Stück Wegs zum Erfolg. Unter anderen Rednern sprach in der Diskussion als Vertreter der Freisinnigen Volkspartei Herr C. Wille, Wollf. Die Symphonie für die Sache der Privat-Angestellten erstreckte sich über alle Parteien. Müdig aber, um zum Ziele zu gelangen, wird es sein, daß der Indifferentismus abgelegt werde, der in keinem Punkte so stark vertreten sei wie bei den Privat-Angestellten. Nur in dem Eintritte dieser Berufsgruppe in die politische Arena läge die Aussicht auf Erfolg. Auch Genosse Reuter sprach verwies auf das politische Gebiet. Die Forderungen könnten nur mit Nachdruck gestellt werden, wenn eine politische Partei dahinterstehe. Es sei selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie in dem Kampf um Erringung eines Versicherungsgesetzes, den Privat-Angestellten zur Seite stehe. Von denselben Gesichtspunkten gingen noch andere Redner aus, sie alle fanden reichen Beifall. Eine Resolution, in der unter anderem von der Versammlung die Erringung ausgedrückt wird, daß der Reichstag bei der nun kommenden Reichsversicherungs-Ordnung, die Invaliden- und Invalidenversicherung im Rahmen dieses Gesetzes so ausgestalte, daß den berechtigten Wünschen und Forderungen der Privat-Angestellten darin entprochen wird, wurde mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Eine Diskussion brachte in die Gemütsregung der Versammlung der Vorliegende Sabotage, indem er erklärte, daß er erwarte, daß das politische Problem im weiteren Verlauf der Debatte nicht mehr herührt würde. Welcher politischen Parteinrichtung man angehöre, sei Privatatsache. Wenn wir dagegen an und für sich auch nichts einwenden wollen, so fürchten wir doch und zwar aus Interesse für ihre Sache, daß sich bei Innehaltung dieses Standpunktes in ihre Lage kaum etwas verändern dürfte. Aber aus den Kreisen dieses Mittelstandes heute, wo der Kampf der sozialistischen mit den reaktionären Ideen immer schärfer wird, sich zu keinem politischen Glaubensbekenntnis auszusprechen kann, ist mit den geringsten, hin- und hergeriebenen, hat hier, bald dort Profit erzielenden Zwischenhändlern zu vergleichen, wie sie uns Plagiat Wort im russischen Kleinbürgertum schilber, das in der drittsten revolutionären Umwälzung eine ähnliche Rolle spielt. Sie dürfte über kurz oder lang von den beiden aufeinandergehenden Weltanschauungen erdrückt werden. Ohne Parteibekanntnis kein Erfolg, das sollten auch die Privat-Angestellten beherzigen.

Die Mitglieder in der Schuhfabrik Dornbrorf. Am 5. Februar beschloß sich eine Betriebsversammlung in den Gebäuden in der Stadt. Der Herr Dr. Kretschmer hat sein Gedächtnis, erregt wurde augenblicklich nicht, jedoch sind Verbesserungen in den nächsten Wochen in Aussicht gestellt. Die Firma J. Wilhelm (Kaufmann) auf der Werderstraße hat zu dem Ende

und die bei ihr beschäftigt gewesen Leute verdient hatten, werden aber, daß bei dem schlechten Geschäftsgang für die beschlagnahmten Arbeiter nur 3 Tage der Woche in Betracht gezogen werden könnten. Es bestand vielmehr die Meinung, als wollte die Firma die ganze Arbeit an sich ziehen. So haben Klein-Unternehmer, wenn Arbeiter im Lohnkampf stehen! Eine neue Bewegung besteht bei den Handarbeitern. Diese müssen Arbeiten machen, welche die Maschinen nicht leisten nicht imstande sind. Stundenlohn von 20 Pf., welche dabei herauskommen, sind keine Seltenheit, jedoch eine Verbesserung kann es nicht geben, das läßt der Profit des Unternehmers nicht zu. Ferner wurde Klage geführt, daß der Maschinenpark auch als Reinigungsraum der Automobile benutzt wird. Die Gewerbeordnung besagt, daß die Arbeitsräume gereinigt und gelüftet sein müssen, hier aber wird durch den Benzinergas die Luft verpestet und die Gesundheit der Arbeiter gefährdet. Einige Meister scheinen auch nicht bezweifeln zu können, wie lange die Arbeitszeit der Arbeiterinnen nur dauern darf. Die Viertelstunde Vesperpause wird nicht von allen innegehalten, denn der Betrieb geht weiter und die Männer haben bekanntlich keine Vesperpause. Die 8 stündige Arbeitszeit für Frauen am Sonnabend wird getreulich überschritten, die Frauen müssen um 4 Uhr den Betrieb verlassen, aber nach 5 Uhr kommen auch noch welche heraus! Sache der Gewerbeinspektion müßte es sein, dem Unternehmer klar zu machen, daß auch er Gelegenheiten zu verschaffen hat.

Die Zimmerer stellten am Sonntag, den 6. Februar eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus ab, die sich unter anderem auch mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes über das Jahr 1909 beschäftigte. Der Bericht wurde von dem Kameraden Goldschmidt erteilt. Es ist daraus folgendes zu entnehmen:

Im Laufe des Jahres fanden 10 Mitglieder- und eine öffentliche Zimmererversammlung statt, außerdem 89 Bezirksversammlungen, 4 Versammlungen mit den Bezirks- und Hauskassieren, 16 Zusammenkünfte mit den Bezirksführern, 46 Hausbesprechungen, 21 Vorstandssitzungen und 5 gemeinschaftliche Sitzungen. Baustellen wurden aufgeführt wegen Unorganisiertem 226, wegen Ueberstunden 29, Wahrungelung 5, Plankonten 23, Bauarbeiterklub 13, Alfordarbeit 2 und wegen Sonstigem 103, zusammen 416. Hausagitationen fanden 2 statt, doch war der Erfolg derselben gering, sie brachten nur 28 neue Mitglieder. Die Mitgliederzahl stieg von 411 am Schluß des 1. Quartals 1909 auf 521 am Schluß des 4. Quartals 1909, doch sind bereits weitere 17 neue Mitglieder im 1. Quartal 1910 aufgenommen worden. Die Einnahme betrug 25.470,81 Mark, die Ausgabe 21.088,08 Mark; der Bestand der Kasse stellt sich auf 4334,73 Mark. Als Unterstützung wurde verausgabt für Arbeitslosenunterstützung 6410,50 Mark, für Marken an Arbeitslose aus der Kasse 618 Mark, für Krankenunterstützung 126 Mark. Pflanzungen gingen ein 538 Stück und aus 2994 Stück.

Nach einer Zählung sämtlicher in Breslau beschäftigten Zimmerer am 6. November arbeiten hier 956. Davon entfallen auf die freie Organisation in Breslau rund 540 auf andere Jahlabenden in der Umgegend von Breslau 156, zusammen also 696 Zimmerer. Von den übrigen 261 Zimmerern dürften kaum noch 60 in der Sonderorganisation sein, so daß noch gegen 200 Unorganisierte da sein dürften.

Die Sperre mühte über die Bauten des Unternehmers Neumann wegen schlechter Behandlung der Kameraden verhängt werden, sie endigte nach nur eintägiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter. Ein zweiter Versuch, dem Unternehmer Neumann zu zeigen, daß gegebene Verbrennungen auch gehalten werden müssen, mißlang, weil man es von Seiten der Sonderorganisation, die dort auch eine Anzahl Zimmerer beschäftigt hatte, bezog, sich bei dem Unternehmer „Abfindung zu machen“, um ihre Mitglieder unterzubringen, was ihnen auch zum Teil gelang. Umgesetzt war dies der Fall bei einer Sperre über die Bauten der Firma Gebr. Wegner, welche diese Sonderorganisation verhängte. Hier erklärten sich vier unserer Mitglieder mit solidarisch. Nach kaum achtstägiger Dauer war die Baustelle in Kleinburg, von der es sich zunächst handelte, von 11 unorganisierten Kameraden besetzt, die Sperre somit illusorisch. Die Tat, die den der Sonderorganisation dort befolgt wurde und die Anarchie in ihren Reihen, die dort ebenfalls tagtäglich trat, hat den Beweis erbracht, daß sie zur Unfähigkeit verdammt ist und es für die Freien ein Vorkäufers mit ihr nicht geben kann.

Die Kommune in der S. O. B. n. e. w. g. wird hoffentlich dazu beitragen, den Breslauer Kameraden zu zeigen, wo sie hingehören. Nicht eine Zersplitterung der Arbeiterbewegung kann die Arbeiter vorwärts bringen, sondern der Zusammenhalt aller kann dies bewirken, darum ist es notwendig, daß jedes Mitglied zum Agitator wird.

Eine rasende Automobilfahrt beschloß wieder einmal das Breslauer Schöffengericht Am Abend des 13. Dezember gegen 9 Uhr kam eine Kompanie des 51. Infanterie-Regiments von einem Herrn Amarsch auf der Oberer Chaussee nach Breslau zurück, als plötzlich von hinten ein Automobil in rasendem Tempo heranbrach. Der Führer hatte das Gesicht nicht mehr so in der Hand, um es rechtzeitig zum Stehen zu bringen und die Soldaten konnten sich nur durch rechtzeitiges Beiseitweichen retten. Die entsetzliche Verwüstung war der Chaussee Josef Kothner, der jetzt wegen laßloser Fahrerlaubnis zu drei Tagen Gefängnis verurteilt wurde.

## Ein Berrüfter.

Kampf und Ende eines Lehrlings.  
Von Josef Kneederer.

(Die Hand des Lehrlings)  
Sonne, Hölzer, Berge huschten an ihm vorbei. Bald lagte er in eine Weizenwiese, dann jagte er über die anliegende Saal hüner, und kramte diese Löcher in die ganze Erde. Der Abend sank in das Tal herab und in der Ferne schimmerten Häuser.  
Gott hielt einen Augenblick ein, halb beunruhigt mit schmerzlichen Munde, ohne Atem, und lehnte sich an eine Kanne. Er schaute sich auf der Handfläche und in der Ferne vernahm er den hohen Lärm von Mariastädten zu erkennen. Schweißig kam er weiter und gelangte zu den ersten Häusern des Ortes, als es Nacht wurde. In der ruhigen Gasse begann er langsam wieder Schritt zu machen und zu überlegen. Er war zu Tode erschöpft und konnte sich kaum mehr aufrecht halten. Um sich etwas zu kühlen und von der Anstrengung des Laufes zu erholen, wollte er in die erste Schenke, die er antraf, und ließ sich auf eine Bank fallen. Mehrere Lehrlinge saßen in der angenehmen Spinnstube an einem runden Tische, doch keiner beachtete den Eintretenden. Eine Bekannte des Lehrlings trat ein und ließ ihn an einen der Lehrlinge sitzen, das in einer Glasglocke brannte. Aber er hatte für die Kameradschaften der Dine weder ein Wort noch einen Blick. Er berührte das Gesicht nicht und ließ die Sonnenbrille liegen. Alle Gedanken waren auf den nächsten Tag gerichtet. Was nun? Wie es in ihm. Was nun? Zum Schluss gehen? Was notwendig eingehalten nach von Vergebung bitten? Was das wohl nicht? Auf die Begleitung nicht, was noch einmal eine Scene bestehen, wie die umhergehende vor dem Herrn Lehrling? Nein! Also, noch Überdacht zurück? Nein, nein! Das hat er ja ja schon gefühlt, als ein Tisch, der ein unglückliches Dokument unterschlagen hat! Aber er hat es nicht über ihn, noch er in seiner maßlosen Augen begangen hatte.  
Er lehnte den Rücken an die schattige Wand der Schenke und schaute die Gäste an sich. Dann sah er ein Weibchen in die Gasse gehen und ging auf den nächsten Tisch. Unter ihm ein Zeitungsblatt lag.  
Wie geht es dir? Ich er so, ohne sich zu rühren. Seine Augen hatten sich nach und nach auf einen bestimmten Punkt des weissen Bogens konzentriert, der ihm durch den roten Rauch aufgingen war. Er sah wiederholt er ganz nachdenklich die be-

den Worte, die da standen, und las sie immer wieder ab, ohne sich darüber das mindeste zu denken.  
Höher Besuch  
So war ein Krümel übergraben.  
Höher Besuch.  
Ein elendes Leben! Was wird aus Anna werden? Was wird Helber werden? Und was folgt nun jetzt an? Was will man werden? Schreier auf einem Kreuzgericht? Bei einem Gerichte? Die Herren einen Tisch ein, aber sie stellen ihn nicht an! Einen - Tisch!  
Höher Besuch.  
Aber was kann! Leben muß man doch und das arme Weib ist doch vor der Schande gerettet worden. Gibt es denn kein Mittel, keinen Ausweg mehr?  
Höher Besuch.  
Gibt es denn keinen?  
Höher Besuch.  
Nun! Überlegte der Lehrling den Sinn dieser eigenartigen Mitteilung. Er wiederholte halbautomatisch die beiden Worte und setzte sich zu dem Tische hin. Dabei überließ es ihn nicht. Er ritz die Hände aus den Taschen und hielt die Zeitung, die in verpackten Buchstaben den Titel:  
Karlshofener Botz.  
lang, an das Licht. Was kann da geschrieben sein.  
Wie in früheren Jahren, so ist auch heute wieder der Erscheinung der Herr im ersten Viertel der S. O. B. n. e. w. g. unter hochverehrter Aufsicht, mit feiner gekrümmter Hand in unser so herrliches Tal zum Randensinhalt gekommen. Die laubbare Verherrlichung Karlshofens hat aus dem freudigen Anlaß der fünfzigjährigen Jubiläum der Erscheinung beschlossen, eine große Feier zu veranstalten und findet dieselbe heute, am 3. Juni, Abends 8 Uhr, im Saal zum Eisen zu statt, wozu die Erscheinung die gültige Einladung zugulagen die Gemütsregung hatten.  
Ruhe es Er Erscheinung begehren sein, in unserer Bergen die Erscheinung von der anstehenden Tätigkeit im Staats-

Was er vorhatte, wollte er selbst noch nicht recht, jedenfalls aber wollte er einmal in den Gasthof gehen, wo man das Fest feierte.  
Am Saal besetzten Geländer der hochgelegenen Aussichtsterrasse gelang es dem Lehrling, noch ein Plätzchen zu ergattern und einen Blick über den ganzen Saal zu gewinnen. Neben ihm blies die Musikanten, daß der Boden zitterte. Er mußte lange suchen, bis er den Minister fand, weil vor dem Ehrenplatz der hüfelförmig aufgestellten Tafel ein tiefer Strauch von roten Nelkenblumen prangte, der den Gefeierten etwas verdeckte. Also, er war wirklich da inmitten der Honoratioren-Mariastädter! Neben ihm sah die Frau Bezirksamtmann in einer graublauen Toilette mit zum Plagen engen Ärmeln und schwarzem Spitzenbesatz. Auf der anderen Seite befand sich die Frau Oberamtsrätin in lilafarbenem Kleide, das an den Handgelenken weiße Atlasstreifen verzierte. Dann kam der Herr Hofmeister mit der Frau des Bezirksamtsassessors. Diese trug über dem braunen Satinkleide eine rote Korallente und blickte ängstlich auf die Frau des Kreisarztes, die ein weißgemerktes, hellblaues Sommerkleid trug. Der Herr Bezirksamtsassessor hatte sie zu Tisch geführt. Die knallrote Klob, die zwischen dem Herrn Hofmeister und dem Hofmeister herortrat, gehörte der Gattin des Herrn Bahnhofspedellors. Ihr sah der griesgrämige Rentbeamte mit der Frau des Herrn Obergemeisters gegenüber. Diese trug ein oft gewaschenes cremefarbiges Kleid und unterhielt sich lebhaft mit dem immer lächelnden Herrn Amtsrichter. Um die hochschulterige, dürre Tochter des Bezirksamtmanns, die ein rotweißes Gesellschafts- und Blumen im Haar trug, bemühte sich ein kleiner, frummüßiger Reichspräsident, der ihr auffallend den Hof machte und sich niemals nach der Seite drehte, wo die ein Hof gefeierte Frau des Bezirksamtsassessors saß. Ihr merkte man an, daß sie in diesen Kreisen nur eine Geduldete war, denn sie wagte kaum die Augen aufzurheben und ihren Nachbar, den Redakteur vom Mariastädter Boten, anzublicken. Dieser, ein feibühliges, untersehener Mann mit Hängebäden und goldener Brille, schloß sich an die lange Reihe der weiteren Gäste an, die ohne weltliche Gesellschaft an der Tafel saßen und ihre Zigaretten in wohl abgemessenen Pausen zum Munde führten.  
Ueber der ganzen Versammlung lag jetzt, wo die laute Musik aus die, jene andächtige Schall, die die Anwesenheit einflussreicher Persönlichkeiten hervorzuheben pflegt. Man unterhielt sich mit sonntäglichem Gemurmel und richtete die Augen stets in Richtung auf den Platz des Ministers, daß es nie unangenehm ausfallen konnte

(Fortsetzung folgt)



...fünftägigen Posten, Gerichte- und Verwaltungsbüro in einer ...

Ein Wahlrechtsumzug nicht genehmigt. Der Bürgermeister von Waldenburg hat zu dem für Sonntag, Nachmittags 8 Uhr, geplanten Wahlrechtsumzuge durch die Straßen der Stadt die Genehmigung verweigert.

Durch die Verabschiedung eines solchen Umzuges als Grundbesitzer gegen das bestehende Wahlrecht respektive gegen die von der königlichen Regierung angebrachte Wahlrechtsvorlage ist eine große Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten, zumal solche Demonstrationen in den der Sozialdemokratie abgeneigten Kreisen der Bevölkerung mit großer Erbitterung aufgenommen werden würden.

Was sagen „Kreuzzeitung“ und „Schles. Volkszeitung“ nun? Hier haben wir ihnen einmal den Gefallen getan und — nun sehen sie die Bescherung!

„Kinderhändlererei“

Auf Grund des Urteils vom 9. d. Mts. erscheidet sich

Doch ist man bemüht, die Not der unehelichen Kinder zu lindern, wohl bilden sich im Sinne der Mutter- und des Kindeswohlwählers wohltätige Vereine, aber all diese versagen gewöhnlich bei den traurigsten Fällen. Sei es, daß die uneheliche Mutter nicht weiß, an wen sie sich wenden soll, oft auch wird sie um geringfügiger Formalitäten wegen vom h. Bureau-traktismus abgewiesen.

Der Mutter des Kindes entstehen hierbei nicht die geringsten Kosten, wo soll sie sie auch übernehmen? Ich bemerke, daß sich der größte Teil dieser Mädchen aus Fabrikarbeiterinnen und Stellunglosen Dienstmädchen rekrutiert.

Ein anderer Fall: Fräulein Rosa K. wendet sich an uns; sie hat ihr Kind in Pflege gegeben, die ihr nicht gefällt, da das Kind schlecht behandelt wird.

Ich bemerke, daß durch mein seit 1908 bestehendes Institut allein in diesem Jahr circa 260 Kinder zum Teil ohne Abfindung untergebracht wurden.

Kinderschacher treiben dazwischen viele Hebammen. Ich kann Gebammen nachweisen, die von den Hegefrauen für Vermittlung eines Kindes die höchste, oft das ganze Monatsgehalt fordern!!

Wenn wir bei einer Abfindung von 3000 Mark 80 bis 100 Mark Kosten verlangen, so ist dies in Anbetracht dessen, daß wir in einem derartigen Falle 60-80 Mark bare Auslagen haben, doch nicht unmoralisch.

Sochachtungsvoll Rub. Rabed.

Wir haben uns von der Wichtigkeit dieser Angaben überzeugt und müssen gestehen: Es ist eine Schande und eine Schande, daß in unserer herrlichen „göttlichen“ Weltordnung arme Mädchen ihre Kinder verkaufen und verschütten müssen, um nicht zu verhungern oder ins Wasser zu gehen.

Die Genossen vor dem Oberste voranstellen Sonntag im „Verfall“ ein B. r. an, zu welchem sie alle Genossen ...

Abend 4 Uhr, findet im Zimmer 8 des Gewerkschaftshauses eine ...

Alle zum Deutschkurs anmeldeberei Teilnehmer erhalten im Laufe der nächsten Woche näheren Bescheld.

Wo die Dienstmädchen wohnen ... Am Donnerstag Abend kurz nach 9 Uhr ent und in der im Dachgeschoss befindlichen ...

...spielt worden war, aber wie schon wiederholt den wilden Mann ...

Geunden wurden ein weißer Federhüt, ein goldener Ring mit Goldstein, ein Damenkleid, ein Diensthut und eine ...

Oberstarren. Die Raute eines Rahmes, der auf dem Umgehungsplan liegt, wurde in der Nacht zum 7. d. Mts. ...

Neueste Nachrichten.

Rechtstimmen zur Landtagsession. Berlin, 11. Februar. Behmann Collweg's Rede zur Wahlrechtsvorlage wird mit wenigen Ausnahmen von der konservativen und agrarischen Presse mit ...

Die Deutsche Tageszeitung sagt, es sei ein hoher Genuß gewesen, Behmann Collweg zuzuhören. Eine so feine politische Rede, die betont in volks-psychologischen und ...

Die „Post“ und die „Nationalzeitung“ haben in ihrer Abrechnung der Begeisterung: „Bremen läßt sich nicht in das ...

Die „Germania“ hat den Eindruck, daß die Rede zwar nicht ungehört war, daß sie aber doch zu wenig besaß.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ arbeiten, ob durch die Art der Einführung der Vorlage durch Behmann ihre Aussichten gebessert seien.

Die „Post“ sagt: „Es bleibt bei der Dessenlichkeit der Abstimmung, schon damit nicht am Ende auch der Bundesrat demokratisiert ...

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt zur Wahlrechtsdebatte: Die Erwartung, die man auf das persönliche Eingreifen ...

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt zur Wahlrechtsdebatte: Die Erwartung, die man auf das persönliche Eingreifen ...

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt zur Wahlrechtsdebatte: Die Erwartung, die man auf das persönliche Eingreifen ...

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt zur Wahlrechtsdebatte: Die Erwartung, die man auf das persönliche Eingreifen ...

Neue Wahlrechtsumgebungen.

Magdeburg, 11. Februar. Eine Wahlrechtsdemonstration hat dem „Vorwärts“ zufolge hier stattgefunden, indem nach einem Vortrage des bekannten Demokraten Dr. Breitschub über „Das Wahlrechtswesen“ ...

Vor der Parlamentsöffnung.

London, 11. Februar. Der Führer der irischen Partei Redmond hielt eine bemerkenswerte Rede, in der er daran erinnerte, daß der Ministerpräsident Asquith auf das Reichstages ...

Neue Zwischenfälle in Marokko.

Paris, 11. Februar. „Matin“ meldet aus Tanger: Nach Empfang eines Briefes aus Frankreich geriet Sultan Muley Hassan in furchtbaren Zorn. Er ließ die Truppen antreten und den ...

Waldenburg.

Abm. 11. Februar. (S. L. B.) Der Rhein und seine Nebenflüsse mit Ausnahme der Mosel fließen weiter. Überdies ...

Gravenholler Tod.

Abm. 11. Februar. (S. L. B.) In Gravenholler bei Essen legte sich ein 1911 Abends heimkehrender junger Mann mit dem Namen ...

Familien-Drama.

Sonnabend, 11. Februar. (S. L. B.) Gestern Nachmittag verlor die 43jährige Freizeithilfsarbeiterin Springe ihre gleichaltrige ...

Bora.

Freitag, 11. Februar. (S. L. B.) In Squarico wütet ein furchtbarer Bora, die großen Schiffe anrichtet. Das Passieren der ...

Der Einbruch in die Regimentskasse.

Belgrad, 11. Februar. Die Untersuchung betreffend den Einbruch in die Regimentskasse in Topolizza brachte überraschende ...

Belgrad, 11. Februar. (S. L. B.) In der montenegrinischen Ortlichkeit Podovice fand eine Benzin-Explosion statt, bei der ...

Bersammlungen und Vereine.

Breslauer Jugendheim! Geöffnet jeden Sonntag von 3-9 Uhr Nachmittags. In den Zimmern 5, 6 und 7 des Gewerkschaftshauses, Wagaartenstraße 17: ...

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 11. Februar: Stenographen. Zimmer 1 u. 3. Steinseger. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung im Zimmer 2. Puzer. Versammlung im Zimmer 2.

Sonnabend, den 12. Februar: Arbeiter-Verband. Maxtenhall im großen Saale. Arbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Zimmer 3.4. Wichtige Tagesordnung.

Sonntag, 13. Februar: Eigener-Abend. Anfang präzis 4 Uhr. Goldmetallarbeiter u. Gravure. Vormittags 10 1/2 Uhr: Versammlung im Zimmer 2. Mühlenarbeiter. Nachm. 3 Uhr: Versammlung im Zimmer 2. Bücher. Nachm. 4 Uhr: Versammlung im Zimmer 3.

Montag, den 14. Februar: Zahlabend des Sozialdem. Vereins, 15. Distrikt, im Bazarzimmer Arbeiter-Sänger-Vereinigung (Breslau und Umg.). Abends 8 Uhr: Auschun-Sitzung im Zimmer 3.4. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherabend von 7-9 Uhr im Zimmer 7.

Dienstag, den 15. Februar: Maurer. Versammlung im großen Saale. Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Villard-Kammer. Gesangsverein „Frohmann“. Übungsabend im Zimmer 2.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Der nächste Zahlabend ist Montag, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen.

Distrikt 7. Zahlabend. In den Bezirken 2, 8, 9, 10, 11, 13, 19, 20 werden die eingelegenen Mitgliedsbücher ausgeben, daher ist es Pflicht eines jeden Genossen, an solche neu. Distrikt 12 (Scheidtner Vorstadt). Das Zahlabend-Lokal ist jetzt Paulistraße 42. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Distriktsführer.

Distrikt 16a (Böhrauer Tor). Montag, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, Zahlabend im Lokal Böhrauerstraße 70. Vortrag und Auszahlung der Abonnenten. Das Erscheinen aller ist Pflicht. Distrikt 18 (Zwinger Stadt, Markt). Unser Zahlabend muß unmissverständlich Dienstag, den 15. Februar, abgehalten werden, und zwar im neuen Lokal Kesperberg 7 bei Hartmann. Referent ist Genosse Frey.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land) Neumarkt.

Die Distriktsführer werden ersucht, nennenswerte Delegierte zur Geschäftsleitenden Versammlung sofort, spätestens aber bis Montag, den 14. Februar, dem Sekretariat mitzutellen. Der Vorstand.

Neumarkt. Freitag, den 11. Februar, Abends Punkt 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft im „Weißen Adler“. Vortrag des Genossen Scholich. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller erwünscht.

Kleinendorf, Garlitz, Artern. Sonntag, den 13. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Volksversammlung bei Riedel in Garlitz. Die preussische Wahlreform eine Provokation der arbeitenden Volks. Referent: Genosse Ostler Sch. 2. Freilichsprache. Um persönliche und zahlreiche Beteiligung wird ersucht. Land-Distrikt 3, Bezirk 1 (Neukirch). Sonnabend, den 12. Februar, Abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft und Zahlabend bei Riedel in Neukirch.

Land-Distrikt 3, Bezirk 2 (Maria-Offen und Klein-Mochberg). Freitag, den 11. Februar, Abends 7 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft und Zahlabend bei Ullrich in Kl.-Mochberg. Land-Distrikt 4, Bezirk 1 (Grafen, Groß-Mochberg und Oppern). Montag, den 14. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft bei Ruppert in Groß-Mochberg. Vortrag des Genossen Scholich. Anstellung der Kandidaten, Bericht angelegentlich. Erscheinen ist Pflicht.

Land-Distrikt 6 (Ottavien a. Umg.). Sonnabend, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, findet bei Müller-Ottavien eine Zusammenkunft statt. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Scholich. Anstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl, Wahl zweiter Prokuren und Vorsitzenden.

Verantwortlicher Redaktor: Heinrich Barth. - Redaktion und Geschäftsstelle: ...





# Trinkt keinen Kaffee!



Seit Jahren trinkt man in allen Bevölkerungsschichten Amerikas und Englands zu allen Mahlzeiten Tee, eine Gewohnheit, die auch in Deutschland immer mehr Boden gewinnt. Wir haben es unternommen, unseren Saman Tee allen Kreisen Deutschlands zugänglich zu machen.

Schon seit vielen Jahren ist ja die Schädlichkeit des Kaffeegenusses jedermann bekannt. Die Ärzte haben seit langem auf die nervenzerstörende Wirkung des Kaffeetrinkens hingewiesen, aber es hat sich bis jetzt noch kein Genußmittel geboten, das in stände gewesen wäre, den Kaffee zu ersetzen.

## Das hat sich vollkommen geändert.

Der Tee war bis jetzt in Deutschland wenig verbreitet, weil man der Meinung war, für billiges Geld bekäme man nur schlechten und wenig Tee. Seit die Allgemeine Teeimport Gesellschaft den Saman Tee in Deutschland eingeführt hat, erhält man heute zu den billigsten Preisen den vorzüglichsten Tee von einer Ergiebigkeit, wie sie bisher ein derartiges Genußmittel noch nicht erreicht hatte.

Kaffee schmeckt bekanntlich gut nur in ganz starken Aufgüssen, Saman Tee ist aber von dem herrlichsten Aroma und Geschmack, selbst noch in der stärksten Verdünnung.

Die heutige Finanzlage zwingt zudem noch die meisten Familien, ihren Kaffee mit Zuhilfenahme von Kaffe Zusatz und künstlichen Kaffeessorten zu bereiten, ganz abgesehen von dem riesigen Quantum der verfälschten Kaffees, die dem harmlosen Käufer ohne sein Wissen für schweres Geld verkauft werden. Wer heute reinen Kaffee trinken will, muß einen großen Luxusaufschlag bezahlen.

Die Allgemeine Teeimport Gesellschaft hat es sich zur Aufgabe gestellt, dem deutschen Publikum vor Augen zu führen, welche Kosten es spart und welche Vorteile es gewinnt, wenn es statt der Planscherei mit schlechtem Kaffee Saman Tee trinkt. Jede Hausfrau und jeder Familienvater muß sich ausrechnen, wie ungeheuer die Ersparnisse sind, wenn Saman Tee getrunken wird.

1 Pfund Kaffee = 50 bis 60 Tassen kostet M. 1.10, also 1 Tasse Kaffee ..... ca. 2 Pfg.  
1 Pfund Saman Tee = 1500 Tassen kostet M. 3.—, also 1 Tasse Saman Tee ..... 0.2 Pfg.

Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1 1/2 Pfund = M. 1.65 für Kaffee  
Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1/20 Pfund = M. 0.15 für Saman Tee

**Saman Tee** ist also nachweisbar ganz außerordentlich viel billiger und sparsamer als selbst der schlechteste Kaffee.

Die berühmte deutsche Fabrik für Waffen und Werkzeugmaschinen Ludwig Loewe & Co. hat seit dem Jahre 1899 anstatt einer Kaffeeküche eine Teeküche eingerichtet. Der Bericht der Firma über die Resultate dieses modernen Unternehmens lautet wörtlich:

„Kaffee betäubt das Hunger- und Müdigkeitsgefühl und spiegelt dem Arbeiter Sättigung vor, denselben so dazu verleitend, mehr Kräfte auszugeben, als den aufgenommenen Nährwerten entspricht. Tee ist zunächst ein sehr billiges Getränk, jedenfalls viel billiger als Kaffee von gleicher Qualität, und lässt sich leichter in grossen Mengen gleichmässig gut herstellen. Um sich aber vor minderwertigen Sorten zu schützen, empfiehlt es sich, nur garantiert echte Tees in Originalpackungen wohlbekannterer Firmen zu kaufen.

Gerade die billigen Sorten unbekannter Herkunft, welche den Namen Tee kaum verdienen, tragen die Schuld daran, dass man bei uns, zumal in minderbemittelten Volksschichten, dem Tee ein grosses Vorurteil und Misstrauen entgegenbringt.

In Wirklichkeit ist Tee aber ein ausserordentlich durststillendes Getränk, welches infolge seines Alkaloidgehaltes blutreinigend und verdauungsfördernd wirkt, indem es die Tätigkeit der Nieren in günstigster Weise beeinflusst. Das im Tee enthaltene ätherische Oel regt die Gehirntätigkeit und Arbeitslust an, ohne die schädlichen Nebenwirkungen des Kaffees zu besitzen.“

Diese Firma verkaufte im Jahre 1908 in der Werkzeugmaschinen-Abteilung 597187 Flaschen Tee an ihre Arbeiter.

**Saman Tee** ist eine indische Teemischung, die nach vielen Versuchen für den deutschen Geschmack besonders zusammengesetzt wurde. **Saman Tee** ist schon in den kleinsten Packungen für 10 Pfg. erhältlich. Wenn man früher ein 10-Pfg.-Päckchen Tee kaufte, erhielt man zwar viel Teeblätter, aber nur 6 bis 8 Tassen schlechten Tees. Von einer 10-Pfg.-Packung Saman Tee erhalten Sie bis zu 30 Tassen. Nach eingehenden Versuchen und Untersuchungen des bekannten vereidigten Chemikers Dr. Paul Jeserich enthält eine 10-Pfg.-Packung Saman Tee 30 Tassen Tee. Herr Dr. Jeserich hat die dauernde Kontrolle von Saman Tee übernommen.

**Verlangen Sie Saman Tee, denn er ist der einzige, der alle Vorzüge der Billigkeit u. Güte besitzt.**

Nur echt mit untenstehender Schutzmarke in Packungen von 10 und 20 Pfennig, 1/4 und 1/2 Pfund und in modern dekorierten Metallbüchsen von 1/2 Pfund in zwei Qualitäten.

## Allgemeine Teeimport Gesellschaft

Allein-Vertretung: **R. A. Leusch, Breslau XIII, Goethestr. 51. — Fernspr. 4778.**



# Trinkt Saman Tee!



In Breslau in 1000 durch Plakate kenntlichen Geschäften erhältlich. Wo nicht zu haben, liefern wir direkt, eventuell erfolgt Mustersendung gegen Voreinsendung des Portos.



Sonnabend, den 12. Februar 1910.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Februar.

### Geschichtskalender.

12. Februar.

- 804 Der Philosoph Immanuel Kant in Königsberg i. Pr. †.
- 887 Der Schriftsteller Ludwig Uhland in Tübingen †.
- 887 Der Dichter Karl v. Holtei in Breslau †.
- 894 Hans v. Bülow, Komponist des Vassallischen Bundesliedes „Bei und Arbeit“, †.

### Wo stelle ich mich zur Flugblatt-Verbreitung?

Die Genossen und Genossinnen, die an der Flugblatt-Verbreitung am Sonntag teilnehmen, treffen sich Vormittags 8 Uhr in folgenden Distriktslokalen, wo das Material ausgegeben wird:

Distrikt 1 (Gabis),	Fronprinzenstraße 44.
2 (Sauerbrunn),	Anauststraße 19.
3 (Grüblicher Vorst., südlich)	Femaldstraße 12.
3a (Grüblicher Vorst., nördlich)	Siebenbühnestr. 19.
4 (Molitor)	Femaldstraße 3.
6	Andersstraße 10.
7	Koniginstraße 62.
8 (Oberst)	Wehlstraße 52/54.
8a	Pellwatsstr. 6 (Rösch.)
9	Matthiasstraße 140.
9a	Rotenstraße 20a.
10 (Sandtor)	Wittstraße 15.
11	Schmalstraße 23.
12 (Scheiniger Vorst.)	Rautstraße 42.
14 (Oblauer Tor)	Sirchstraße 68.
15	Hinterhöfstraße 10.
16 (Streblener Tor)	Gewerkschaftshaus.
16a (Dobruer Tor)	Gubenstraße 80.
17 (Schwindiger Tor)	Dobruerstraße 70.
17a	Lugowstraße 138.
18 (Innere Stadt, östlich)	Mendofstraße 65.
19 (Innere Stadt, westlich)	Regerberg 7.
Land-Distrikt 12 (Böpelwitz)	Kupferchemiedstr. 21.
	Pommnitzstraße 14.

Parteilosen und Genossinnen! Es ist diesmal, die Massen über die Wahlrechtsmach der liberalen Junkerregierung gründlich aufzuklären und zum Protest aufzurufen. Wenn viele Hunderte zur Stelle sind, ist die Arbeit in kurzer Zeit getan. Es wird uns ein Vergnügen sein, dabei mitzuhelfen.

### Auf zur Flugblatt-Verbreitung!

### Die Stadtverordnetenversammlung

wandte sich gestern nach debattierender Erledigung von etwa zwanzig schleunigen Vorlagen wieder der General-Diskussion zum Haushaltsetat zu, die Stadtverordneter Dertel mit einer längeren Rede zu Gunsten der Hausbesitzer einleitete. Er versuchte ziffernmäßig zu beweisen, daß im letzten Jahrzehnt zwar die Gehälter und Löhne, nicht aber die Mieten gestiegen seien und schloß daraus auf die beklagenswerte Lage des Grundbesitzes. Statt der Steuern, die den Hausbesitz belasten, schlägt er einen Pfasterzoll vor, der an der Grenze der Stadt unter Schlagbäumen entrichtet werden soll. Mit freundlichem Kopfnicken und wie auf Verabredung gruppierten sich um Herrn Dertel dabei die Exzeptionäre Rudolph, Herschel, Eckende, Rasch, John und teilweise sah es aus, als wollten sie den seltsamen „Liberalen“ unter dem Gesange des Liedes „Wir tragen den Engel in Abrahams Schoß“ augenblicklich mit ins Heerlager der Rechten schleppen. Lange wird es sowieso nicht mehr dauern und er wandert wieder bei seiner konservativen Heimat Hüften ein. Herr Dertel folgte unter Genosse Löbe, der ebenfalls in längerer Rede den ganzen Etat Revue passieren ließ und seine Positionen unter dem

Gesichtswinkel eines sozialistischen Kommunalpolitikers betrachtete. Er verlangt für die Gemeindevorstellung das Recht, der antreibende Faktor in städtischem Leben zu sein, nicht der Bremser, zu dem ihn der Reformer gemacht habe. Der Wegfall der Schlachtsteuer dürfe unter keinen Umständen nur 500 Fleischern, sondern müsse der Gesamtheit zugute kommen. Nebner verweist auf die guten Erfolge der Milchfächer, verlangt Erhöhung der Stillbehilfen sowie der Pflegegelder für Waisenkindern und Koskinder. Er beweist an einem zahlenmäßigen Beispiel den materiellen Vorzug, den die Besucher der höheren Lehranstalten gegenüber den Volksschülern durch die Stadt erhalten und wünscht keine Unterbrechung der Volksschulhausbauten. Nebner erinnert an die unerfüllten Wünsche der Chor- und Orchester-Mitglieder unseres Stadt-Theaters und macht auf das enorme Wachstum des Feuerwehrclubs aufmerksam. Die Löhne ganzer Kategorien städtischer Arbeiter beginnen noch unter 3 Mk., was Genosse Löbe abzustellen ersucht. Schließlich verlangt er Verbilligung des Gaspreises in den projektierten Gasautomaten und Einführung billiger Wochenkarten bei der Straßenbahn. Im Verlaufe seiner Rede hatte Genosse Löbe auch der unacheuer gemachten Volkskassen und des großen Amtsmisbrauchs gedacht, den verschiedene Orane dieser Polizei vor wenigen Tagen in Breslau verübt haben. Unter lebhafter Unruhe der Staatsbehörden von der Rechten nannte er diese Vorkommen einen Skandal für einen Rechtsstaat. Auch der Oberbürgermeister wurde durch diese scharfe Kritik auf den Plan gerufen, um zu erklären, daß er die an einer befreundeten Behörde geübte Kritik zurückweisen müsse. Er habe zwar keinen Beruf, die Handlungen der Polizei zu verantworten oder zu verteidigen, müsse aber auch dieser Kritik entgegenzutreten. Rathaus und Stadt-Theater würde er der Polizei auch fernhin gern zur Verfügung stellen, denn er bleibt ein guter Preuß, auch wenn der Staat ihn noch viel schlechter behandelt, als er es jetzt schon tut. Genosse Löbe erwiderte ihm später darauf, daß auch der Arbeiter sein Vaterland liebe und daß dieses Vaterland den Arbeiter sehr notwendig brauchen werde, wenn es in Gefahr sei. Wodurch aber wollen wir es so ausbessern, daß der Arbeiter sich wohl fühlen könne. Nach dem Oberbürgermeister, der sonst Genossen Löbe in einigen Punkten bestimmte, zogen vier konservative Reden am parlamentarischen Himmel herauf. Herr Dr. Niemann verlangte in energischen Worten Förderung des Hochwasserschutzes in Breslau und fand damit starken Beifall, Herr Wäderebermeister Prussog legte sich für seine Schwager von der Fleischerbank in unbaner Rede ins Zeug und erntete ebenfalls Heiterkeit. Einen besonderen Nitt gegen Genossen Löbe riskierten aber die liberalen Herren Jeron als Spießbürger und Dr. Herschel als Patriot. Den ersten kennen wir schon, Herr Dr. Herschel spielte aber gestern eine besonders unglückliche Figur. Der Herr, der sonst so großen Wert auf vornehme Umgangsformen legt, brachte es fertig, den seit 25 Jahren im Vorsteheramt sitzenden Herrn Dr. Freund mit groben Worten anzuhähen und ihm Belehrungen über die Zulässigkeit von Stadtverordnetenreden zu erteilen. Dann aber sprang er munter und geschickt wie ein junger Bernhardiner gegen die Notizen an, die das schöne Landtagswahlrecht antasteten und sogar freivol genug sind, die Polizei, dieses göttliche Institut, anzugreifen. So teilte der Benjamin nach allen Seiten seine guten Lehren aus, ohne zu verbergen, daß er das Thema der Debatte, den städtischen Etat, nichts zu sagen wußte. Genosse Löbe fertigte ihn denn auch mit ein paar späßhaften Wendungen ab. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf den ausführlichen Bericht.

Vorher hatte es einen heftigen Redekampf wegen einer Grundbesitzererwerbs vor dem Molitor gegeben, der auf energischen Einspruch des Stadts. Scharte hin an den Ausschluß zurückging.

### Die Staatsdebatte beginnt

Stad v. Dertel (Hausbesitzerverein):

Er verteidigt die Hausbesitzer vor dem Vorwurf, die Mieten allzu sehr gesteigert zu haben. Es sei auch nicht wahr, daß aus den bebauten Grundstücken wesentliche Gewinne gezogen würden. Auch von einer Wertsteigerung sei keine Rede. Nur die Grundstücke in bevorzugter Lage seien im Werte gestiegen. Im ganzen seien sich die Mieten auch im letzten Jahre gleichgeblieben. Für die Einzelzimmer-Wohnungen seien im Preise gestiegen (Zunahme bei den Sozialen: Also die der Arbeiter!) und die der Einzelzimmer-Wohnungen. Aber der Vermieter ist es nicht, der den Gewinn erzielt. (Zunahme: Wer denn?) Ja, es ist hier und da sogar ein Anstieg der Mietpreise zu verzeichnen. (Belehrt.) Dagegen sind die Löhne der Arbeiter sehr gestiegen. (Heiterkeit.) Redner sucht dies an den Resultaten des Reichsversicherungsamtes zu beweisen. Genossin Löbe lobt die Lohnsteigerung erfreulich, aber sie komme nicht den Grundbesitzern zugute. Denn wie man die Lasten auf. Aber ebenso wie man es ablehne, Schulgeld für die kaufmännische Fortbildungsschule zu erheben, weil diese obligatorisch sei, müsse man auch die geplanten Kanalgebühren fallen lassen, weil die ja auch obligatorisch seien. Um den Anstieg zu bedenken, schlägt er einen Pfasterzoll nach Münchener Art vor, damit alle die Wagen, die mit Viegen etc. in die Stadt kämen, eine Steuer entrichten. Dadurch seien 6-700.000 Mark jährlich zu erzielen. Er sei mit der Art einverstanden, daß möglichst viel direkte Steuern erhoben und die verändernden Preise getrossen würden. Aber läßen Sie gegenüber dem Grundbesitz auch soziale Gerechtigkeit, damit er nicht vollständig konfisziert wird! (Heiterkeit.)

Stadts. Löbe (Sozialdemokrat):

Wir wünschen uns einen nach Form und Inhalt angenehmeren Etat, mit diesen Worten schloß der konservative Redner im vorigen Jahre seine Rede zur Generalberatung. Ein Bild in den neuen Haushalt wird ihm belehren, daß das leicht gesagt ist, daß sich aber die letzten Jahre nicht herbeikommen lassen. am allerwenigsten, wenn staatliche Gewalten in die kommunale Tätigkeit so hineingreifen, als bis im letzten Jahre wieder geschah. Der Inhalt des Etats ist nicht angenehmer geworden und in der Form hat der Kammer auch dieses Jahr der Wahrheit die Ehre gegeben und die Quellen angezeigt, aus denen unsere Finanzmittler fließen. Die trübe Lage unserer städtischen Finanzen brühte sich auch in der Lage der Referenten aus, der Magistrat solle die Stadtverordneten nicht mit neuen Ausgaben in Versuchung führen. Selbst, wenn der Oberpräsident zu Gast ist, rühmt man unsere hohen Baumerke, unsere breiten Straßen und großen Parkanlagen, lehren wir aber zur Werkstoffpolitik zurück, dann ruft man den Stadtverordneten zu, sie sollen ja keine vorwärtsdrängenden, antwortenden, anzuwenden Schritte unternehmen, sondern sich in der Rolle des Bremers üben und möglichst viele Projekte des Magistrats verhindern. Und wenn diese Rufe auch der Not der Zeit entspringen, so sollte man sich doch klar sein, daß es eine traurige Rolle ist, in die man die Versammlung damit drängt. Es ist geradezu ein feinstichiger Zustand, wenn wir die Auffassung von Wählern in unserer Gegend unterbrengen wollen, weil die 7-10.000 Mark, die dazu nötig sind, „geparnt“ werden sollen.

In den aufgezählten Mehrausgaben der Gemeinde, Esamtangehöriger-Erhöhung, Polizei- und Provinzialkosten. Zölle und Glühstrumpfsteuer kam in diesem Jahre die Mindereinnahme wegen

### Wegfall der Schlachtsteuer.

Wir müssen Vorzüge treffen, daß dieser Wegfall allen Einwohnern zugute kommt, daß würde für eine Familie eine Ersparnis von 15-20 Mark bedeuten. (Unruhe.) Bleibt der Vorteil, den die Aufhebung der Schlachtsteuer bringt, in den Zölle der 500 Fleischer, so bekommt jeder von ihnen einen durchschnittlichen Nebenprofit von 3500 Mark, die Meister mit der größten Kundschaft sogar über 10.000 Mark. (Hörwürdevolle.) Das muß unter allen Umständen verhindert werden und wenn nötig, muß die Stadt dazu helfen durch Verkauf von selbstgeschlachtetem Fleisch. (Unterbrechungen.) Sie sollten schon jetzt die Bereitwilligkeit dazu prinzipiell erklären. Herr Herschel, Sie lächeln, aber gerade Ihre Parteigenossen lügen hat in Wien ähnliches durchgeführt.

## Aus aller Welt.

### Das Hochwasser.

Mannheim, 10. Februar. Der Rhein ist im Laufe der vergangenen Nacht noch weiter gestiegen. Er überflutet bereits die tiefer gelegenen Stadteile. Der Kölner Pegelstand beträgt gegenwärtig 97,1 Meter. Die Abströmung auf dem Rhein ist unterbrochen, der große Verkehrsmittel sind unterbrochen. Mehrere Dämme wurden weggerissen. Durch Unterpflanzung der Pfeiler der Eisenbahnbrücke bei Marienthal ist der Zugverkehr an dieser Stelle unterbrochen. Die Rheinfähren müssen ihren Betrieb einstellen. Die Schifffahrt auf dem Rhein ist auf das Minimum beschränkt. Auch das Hochwasser der Ruhr verursacht große Störungen.

Mannheim, 10. Februar. Der Rhein und der Neckar sind in verstärkter Nacht wiederum sehr erhebliche gestiegen. Der Wasserstand des Rheins war heute früh 8,25 Meter, der des Neckars 8,43 Meter. Der Neckar ist über die Ufer getreten.

Düsseldorf, 10. Februar. Infolge der starken Schneeschmelze haben die Dünte und ihre Nebenflüsse einen außerordentlich hohen Wasserstand erreicht. In dem Nachbarort Overikum hat die Ueberschwemmung bedrohliche Dimensionen angenommen. Ein Damm steht bereits zur Hälfte im Wasser, ein anderer ist vollständig vom Wasser eingeschlossen.

Brüssel, 10. Februar. Die Maas und ihre Nebenflüsse sind in der letzten Nacht bevoentlicht gestiegen. Man befürchtet hohe Ueberschwemmungen.

Paris, 10. Februar. In der vergangenen Nacht ist die Seine noch weiter gestiegen. Doch ist eine Gefahr nicht zu befürchten. In den Stellen, die beim großen Hochwasser am meisten gefährdet waren, sind feste Dämme errichtet. In Brich und Auvent sind Pontons und Wasserstationen, um sofort eingreifen zu können. Minister Milleverand hat eine Rundfahrt im Departement Seine und Oise gemacht, um die vorliegenden Zustände kennen zu lernen. In Paris selbst verbleiben die Unbrennlichkeit für die Bürgerwehr in gemeinsamer langem Tempo. Das Gas ist seit gestern wieder in den überfüllten gewöhnlichen Quartieren zu haben. Taregen stehen noch immer eine große Zahl der Uhren und Fahrstühle still, die durch elektrische Leistung oder hydraulischen Druck getrieben werden. Das Telefon wird nach amtlichen Angaben in vier bis sechs Wochen wieder benutzbar sein.

Vöchner Vorurten und kleine Volenlungen. Ein... (Text is partially obscured and illegible)

Barische Justiz folgende Betrachtungen: „Das für furchtbare, geradezu unsinnige Konsequenzen eine buchstabenstrenge Justiz aus dem geltenden Strafrecht zu ziehen vermag, das Illustrieren am besten die Gerichtsurteile gegen Kinder. Dem Menschenfreund krampt sich das Herz zusammen, wenn er lesen muß, daß - wie es immer auch neue geschieht - bei uns Kinder ins Gefängnis gesteckt werden. Und dazu bedarf es nicht einmal besonders abscheulicher Taten. Es genügt ein unbedachter, dummes Jungensstück, ein Sprung den kindlichen Neugierigen: was wohl passieren werde, wenn mal dies oder das probiert wird. Besonders Eisenbahn- und Straßenbahnschienen üben eine große Anziehungskraft auf den kindlichen Betätigungssrang aus. Der Großstadtbewohner steht es fast täglich, wie Hüben und Mädchen kleine Steine und andere Gegenstände in die Schienen legen, um nach dem Vorbeifahren der Straßenbahn herbeizuwinken und neugierig das Zerknirschungswort der Wagenräder zu betrachten. Wollte da die Polizei rigoros vorgehen und die Justiz gar brutalistisch die Passagier des Strafbüchchens auf diese Strafen anwenden: die Gefängnisse reichen nicht aus für solche „Verbrecher“. Darum beschränkt sich der Berliner Schuttmann durchgängig darauf, die kleinen Ungehörigen zu verurteilen, ohne ein hochgradigstens Verfahren gegen sie einzuleiten. Was aber daraus entsteht, wenn es der Behörde an dem nötigen Verständnis für die Wörungen des kindlichen Gemütes fehlt, zeigt mit schrecklicher Deutlichkeit ein Urteil, das in letzter Woche von preussischen Richtern gegen Kinder gefällt wurde. Die Strafkammer zu Hohenzollern beurteilte den zwölfjährigen Schulknaben Dittmann zu einem Jahr und einer Woche Gefängnis und den vierzehnjährigen Schüler Jahnke zu einem Jahr Gefängnis. Die beiden hatten im April v. J. auf die Eisenbahnschienen der Straße Strauß-Krüskowitz einige größere Steine gelegt. Vor Gericht gaben sie an, daß ihnen das Fernmalmen der Steine durch den Zug Spaß gemacht haben würde. Da der Bahnwärtler die Steine rechtzeitig bemerkte und entfernte, wurde ein Unfall verhindert. Der zwölfjährige Knabe erhielt eine Woche mehr, weil er als der „Anstifter“ angesehen wurde. Es bedarf keiner langen Auseinandersetzung zu der Behauptung, daß dieses unerbhörte Urteil, wenn anders es nicht verhängnisvoll auf dem Wege der Revision oder der Begnadigung aufgehoben wird, einfach die Vernichtung der davon betroffenen Kinder-Existenz zur Folge hat.“ Die furchtbare Grausamkeit der Strafe entsprechend natürlich dem Wangel jedes Menschenschicks der Richter für die Kinderseelen und dem Fehlen jedes Mitleides für die kleinen Volenlungen. Der Fall wird jedoch in jedem Leser sofort die Frage wecken: Wie steht es mit den teubalen Donner-Studenten beim Corps „Palatia“, die bekanntlich nach dem „Berthod“ auch auf eifrigste verurteilen, einen Zug zum Ent-

gleiten zu bringen? Wenn man Kinder wegen einer Spitzerei ins Gefängnis schickt, so wird man wohl die längst strafmündigen, voll verantwortlichen Vorner Korpsiers ins Justizhaus schicken müssen. Oder nicht?

Ein echtes Dürcaufstraßenstückchen hat sich das Landratsamt Ope (Westfalen) geleistet. In einer Versammlung, in der über das Kaiser-Geburtsstags-Festessen beraten werden sollte, lud der Landrat durch fotografierbare Scherben eine Anzahl Herren der Gesellschaft ein. In mehreren dieser Einladungschriften war die Silbe „och“ in der Titulatur „An Herrn L., hochwichtige-ren, Ope“, mit Tinte angedruckt!

Die Dünenstrasse am Nordwestrande der Insel Dierkum, an der seit Jahren gearbeitet wird, wird im laufenden Jahre vollendet werden. Mit diesem Bauwerke, das eine Länge von 3550 Metern haben wird, dürfte der Schutz der Insel gegen die anstürmenden Fluten vollkommen sein, zumal die vorerlebten Studien noch eine wirksame Unterflutung gegen den Wogenstoß bilden. Die gesamten Unterbauten zur Wehr gegen die Fluten bezug zur Erhaltung des angeschwemmten Landes haben bislang an über 2 1/2 Millionen Mark Kosten verursacht, von denen etwa 1/2 Millionen auf die Dünenstrasse allein kommen, von der das laufende Meter mit 300 Mark kostet. Uebrigens darf bemerkt werden, daß die anderen Fortbauarbeiten im Verhältnis nicht weniger Aufwandaue gebraucht haben. So kosten die Dünenbauten für Nordend 2 1/2 Millionen, die kleine Insel Roldrum 2 1/2 Millionen und die Insel Spieröng 1 1/2 Millionen Mark.

Selbstmord eines Bankiers. Der angesehenen Volksbamer Bankier Albert, Inhaber des Bankhauses Ulrich Wolff, hat sich in der vergangenen Nacht erschossen. Ueber die näheren Umstände erzählt die „V. G. B.“ folgendes: „Am dem Platzplatz 8 steht seit dem Jahre 1877 das Bankhaus der Firma Ulrich Wolff, die seit dem Juni 1906 der Bankier Karl Albert inne hat. Seit 14 Tagen wurden Gerüchte laut, daß in der Geschäftsführung des Wolffschen Bankhauses etwas nicht stimmt. Jaden begab sich darauf zur Hand und wollten ihre Depots abgeben. Man stellt es sich herau, daß ein großer Teil der Depots unter Sicherlagern und verfallen worden war. Es wurde eine Kommission der Passenbestände vorgenommen, sowie eine Kautionsprüfung der Aktien und Passiven, bei der bis jetzt eine Unterbilanz von 200.000 Mark festgestellt wurde.“

Selbstmord eines Biergeschwärtigen. Wegen ungenügender Verdienste wurde sich die 16-jährige Martha S., die in einem Kaufmann in G... wohnt, bei dem sie im... (Text is partially obscured and illegible)



abwägt der traurige Stand der Finanzen uns zu den größten Beschränkungen, auch müssen wir auch die Unterrichtsangelegenheiten in der öffentlichen Armenpflege erhöhen. Dort ist die Leitung der Armenverwaltung. Wir sind damit einverstanden, daß für Krankenbehandlung Krankenkassen 3000 Mark mehr aufgewendet werden sollen, ebenso aber wäre eine Erhöhung der Summe für Sittlichkeitskassen von 5000 Mark auf 7000 Mark nötig. Die Sittlichkeitskassen, vor zwei Jahren noch arg umstritten, haben den Zweck ihrer erfolgreichen Wirkung wohl erbracht und manche Mutter dankt ihnen die Erhaltung ihres Kindes. Leider herrscht dieselbe Dankbarkeit nicht gegenüber diesen Kerzen der Armenverwaltung, es wird sogar sehr ernste Klagen geführt über die Rauberei und Mißwirtschaft einzelner von ihnen.

Wie nötig es war, das Schulgeld für höhere Schulen etwas herabzusetzen, geht aus dem hier folgenden Zuschuß für die höheren Lehranstalten hervor. Er beträgt für einen Gymnasialisten im ersten Jahr

gegen 191 Mark im Vorjahre, für einen Volksschüler 92 gegen 80 Mark. Ein Steuerzahler mit 22 Mark Wochenlohn, der 15,30 Mark Kommunalsteuer bezahlt, bekommt also für zwei Schulpflichtige Kinder einen häßlichen Zuschuß von 169 Mark, ein Beschäftigter mit 6000 Mark Einkommen für zwei Gymnasialisten trotz seiner 216 Mark Steuern noch 284 Mark, also 70 Mark mehr als der Arme. Erst bei einem Einkommen von 9500 bis 10.000 Mark würde dieser häßliche Zuschuß ausfallen. Es ist also durchaus kein unberechtigtes Verlangen, freie Lebensmittel und Schulstipendien zu gewähren; der Zuschuß für Volksschüler liegt dadurch nur um wenige Mark. Wir beklagen die Erweiterung der Schülerzahlen und bitten eine Verlangsamung des Baues der Volksschulen für unzulässig, denn dadurch steigen auf neue Klassenfrequenz und Mißwirtschaft. Politisch genügt es dem neuen Stadtrat Berg, die Stadtverordneten hier recht oft in Verlesung zu führen und Neubauten durchzusetzen.

### Stadtverordneten-Subvention

Beinhaltet eine Wandlung vorzubereiten, wie aber steht es mit den Gesetzen des Chors, und Orchesterpersonals, das nun schon seit drei Jahren in unangenehmster Weise hinausgezogen wird? Hier haben Musikrat, Stadtverordnete und Theaterausschuß eine ganz unvergleichliche Mißwirtschaft begiibt, indem sie bis heute nicht einmal einen Bericht zugehen lassen. Bedenken müssen uns aufzulegen bei dem ganz abnormen Wachstum des Chors der Feuerwehler, der sich seit 1900 von 283.000 Mark auf 752.000 Mark, also fast um das Dreifache vermehrt hat. Das läßt sich weder aus dem Wachstum der Stadt noch aus dem der Brandgefahr rechtfertigen, und es scheint hier das militärische Beispiel sehr unermüßlich abzuschreiben. Demgegenüber hat man die Saiteninstrumente in eine geradezu erbaulich-würdige Weise vermindert. Bisheriger als die elektrische Nachbeleuchtung ist es, die Straßen früh morgens um 6 und 7 Uhr geblendet zu beleuchten, wenn die Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen ihre Arbeitsplätze verlassen. — Sind bei den Kosten für die Stadtverordnetenwahlen die Anregungen des Stadtv. Pender wegen der gedruckten Wählerlisten berücksichtigt? Ein ganz besonderes unangenehmer Posten, der lauten Protest hervorrufen muß, das sind die

### Ausgaben für die Polizei.

(W.) Auch von Ihrem Standpunkte aus, meine Herren. Sie waren im Etat für 1907 noch mit 522.000 Mark eingestellt, 1908 mit 733.000 Mark, und jetzt sind es 1 Million Mark, eine Verdoppelung in drei Jahren, die sich in keiner Weise rechtfertigen läßt, weder aus den Gehaltssteigerungen, noch aus der Stellenvermehrung, noch aus der Anschaffung der neuen Reibolter, die zur Verhinderung des Straßenunfalls recht erheblich beitragen. Dazu kommt aber vor allem

### der große Amtsmisbrauch.

der vor wenigen Tagen in den Straßen Breslans durch die Polizei verübt wurde, wo man Bürger der Stadt in einer Weise traktiert hat, die für jeden Reichsstaatsbürger ein Schandmal bedeutet. (Unruhe.) Selbst liberale Blätter haben die Fortsetzung erboten, daß sich hiergegen nicht nur wir, sondern auch der Magistrat erheben sollte. Die Arbeiter, die auf der Schwendlingerstraße promenierte, haben das gleiche Recht, als die Schwendlingerstraße, und was man allen anderen Parteien gewährt, kann man uns auf die Dauer nicht verweigern. Der Herr Oberbürgermeister möchte ich an einen wichtigen Stadtschreiber des Ministeriums, Schenker, erinnern, der damals den staatlichen und kirchlichen Räten entgegentrat. Will er sich einen gleichen Namen sichern, dann sollte er ähnliche Gebärden nicht als politische Stationen hergeben, sondern in unser Rathaus gehen und zu den Polizeiführern sagen: „Ich fordere Sie zum ersten Male auf, das Sakral zu verläßeln.“ (Beifall.)

### die Arbeiterlöhne

um 20-300.000 Mark, also nur um den letzten Teil, bei leichter oder höherer Kostzahl. Das ist wirklich sehr bedauerlich. Und trotz der Lohnsteigerung haben wir fast kein Geld noch in zahlreichem Wessers, Gasarbeiter, Straßenreinigungsarbeiter, Sprengmeister, Stadtschreiber, Richter und Arbeiter des Lan-

den, also einem Wochenlohn von 15-17 Mark! Der Minimallohn von 9 Mark ist hier noch nicht erreicht und es wäre an der Zeit, ihn bald einzuführen.

Unsere Betriebswerke sollen nicht nur durch Erhöhung der Tarife rentabel gemacht werden, sondern durch Erweiterung der Produktion und des Abnehmerkreises. Gerade darin aber ist die Betriebsdeputation sehr schwerfällig. Jetzt endlich sollen die

### Gasautomaten

zur Einführung gelangen, und ich finde es sehr richtig, wenn jedem Konsumenten die Koch- und Brenneinrichtung dabei gegen einen Aufschlag des Gaspreises kostenlos hingestellt wird. Aber mit einem Preise von 17 Pf. pro Kubikmeter schätzt man diese Einrichtung von vornherein tot. Da ist sowohl der Einheitspreis des Gases um 3 Pf., und auch die Abnutzungsgelder zu hoch berechnet. Dabei wird weder das Publikum, noch die Gaswerkverwaltung einen Vorteil haben. Man überlasse die sogenannten kaufkräftigen Kreise nicht, unsere Markthalle an der Gartenstraße jetzt, wie man sich dabei anschauen kann, am Marktblock wäre sie besser angebracht. (Beifall.) Auch bei der Straßenbahn muß ein moderner Geist in die Preisliste einziehen. Wenn wir

### billige Wohnfahrkarten

für Anwohner und Arbeiter ausgeben, vielleicht für 50 Pf., die nur Morgens, Mittags und Abends Geltung haben, dann würden wir gar keine Mehrausgaben, noch und noch aber erhebliche Mehrerlöse haben. Die kommt es übrigens, daß gerade die von der Verammlung gewünschte Strecke Eschepinerplatz - Königsplatz bisher nicht eröffnet wurde?

Der Staatszuschuß hat zwar erhebliche Streichungen an indirekten Steuern vorgenommen, aber mit einem Pfasterzoll, diesem Requisit des Mittelalters, werden wir uns trotzdem nicht befreunden. Wir haben jetzt auch die Wild- und Geflügelsteuer abgeschafft, da müssen die Hausbesitzer auch etwas zahlen, denn die essen doch die Hasen und Gänse. (Große Heiterkeit.) Vielleicht kommen wir um eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer herum, wenn wir es riskieren, den Pfandgeldersfonds mit einigen Hunderttausend Mark anzugreifen.

Sie nennen uns Schürer der Unzufriedenheit. Wenn wir weiter nichts zu tun hätten, als das, müßten wir jetzt Arbeitslosenunterstützung beziehen. Für die Unzufriedenheit sorgen andere, einflussreichere Leute. Oberbürgermeister, Kammerer, Gaswirte, Hausbesitzer, alle stimmen ein in den Chor der Unzufriedenheit. Wir können nur immer wieder auf die Ursache der trüben Lage hinweisen — sie liegt an der staatlichen Gesetzgebung, die auch unser kommunales Leben erstickt, sie liegt an dem traurigen Treiben der Verwaltung und der Mißwirtschaft des ganzen Verwaltungsbereichs. (Unruhe. Zwischenrufe.) Der Magistrat und die Stadtverordneten-Verammlung sollten sich zu einer Petition um ein freies Wahlrecht vereinigen. (Stadtv. Gerschel ruft: Freies kommunales Wahlrecht.) Natürlich auch ein freies kommunales Wahlrecht, Sie würden sehr schlecht abschneiden dabei. (Heiterkeit.) Was zu einer Mehrheit für diese Petition fehlt, das werden wir bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen hoffentlich hinzubekommen. Auch in doppelter Stärke wird unsere kleine Fraktion mitarbeiten an den sozialen Aufgaben der Kommune und kräftig befeuern die preussische Polizeiwirtschaft. (Beifall.)

### Oberbürgermeister Reider:

Im wesentlichen erklären sich die höheren Ausgaben des Etats daraus, daß unsere Verwaltung überhaupt teurer geworden ist. Nicht nur die Gehälter haben sich erhöht, auch die Lebensmittel und alles, was wir sonst brauchen. Denken Sie daran, um was wir uns jetzt alles kümmern müssen: ich erwähne a. H. nur die Hauspolizei-Verwaltung. Ferner hatten wir große vorübergehende Ausgaben zu decken. Auf allen Gebieten haben wir große Ausgaben gehabt, die wir jetzt auch vergüten müssen. Gaben wir erst einmal die Anleihe an, dann werden wir auch wieder zu größeren Einnahmen kommen. Ich stimme auch dem Stadtverordneten Lobe zu, daß man nicht stillstehen bleiben darf, denn das wäre Rückschritt. Die Stadtverordneten-Verammlung hat ja übrigens das Recht, große Ausgaben für Kulturzwecke zu bewilligen, und der Magistrat könnte da gegen gar nichts tun. Sie müssen aber auch die Verantwortung dafür tragen. Der Etat ist inwieweit aufgemacht, aber nicht kümmerlich. Ich gebe zu, daß der Etat der Feuerwehler und des Markalls überhaupt sehr hoch ist; doch das kommt von den technischen Neuerungen. In den nächsten Jahren wird das gewiß so auch nicht bleiben können, denn das führt zu weit. Herr Lobe hat dann auch Kritik geübt an der Polizei. Ich bedaure, daß er das hier getan hat. Wenn er die Anträge seiner Parteigenossen vergleicht mit dem Bummel auf der Schmelzgießerei, so kann man das bedauern. So begünstigt sind doch diese Anträge für Anderdenkende nicht. Herr Lobe meint ferner, wir sollten nicht das Stadtheater und das Rathaus für die Polizei hergeben. Wir sind aber gegen jede staatliche Behörde so entgegenkommend und werden auch in Zukunft so verfahren. Für die Handlungen der Polizei bin ich nicht verantwortlich. Wir wissen, daß unter Staat Schwächen hat; aber wir halten fest an ihm, auch wenn wir noch schlechter behandelt würden. Ich erkenne an, daß Herr Lobe hier sehr sachlich und ruhig gesprochen hat. Ob das auch dann so sein würde,

dingt eine andere Frage. Herr Lobe hat die Ausgaben für die Polizei- und höhere Schulen gegenübergestellt. Ich gehe davon nicht sehr ein, sondern sage nur, wenn man diese Dinge rechnet, kommt man sehr leicht zu Schlußfolgerungen. Wir müssen höhere Schulen haben und sie uns was kosten lassen. Herr Lobe will ja sogar die Schulfreiheit für die höheren Schulen zu dem von Herrn Verlet empfohlenen Plasterzoll einführen nur sagen, daß wir ihn nach unserer Gesetzgebung nicht einführen können; er besteht auch in keiner Stadt. Prüfer. Wenn von Herrn Lobe gesagt wurde, die Beamten haben zu häufigmäßig mehr Zulagen als die Arbeiter bekommen, so lasse ich mir erwidern, daß die Arbeiterlöhne in den letzten Jahren fortgesetzt gestiegen sind, zum Teil um 15 bis 17 Prozent. Ich ist doch nicht so unerheblich, als es Herr Lobe hinstellt. Ich habe geglaubt, daß gerade die Schanckonjessionen zu würde angenommen werden. Warum sie einem Breslauer Nummer machen soll, verstehe ich nicht. Im Magistrat haben wir diese Steuer begriffen als eine gute Steuer. Auch die Schulaufsicht für die kaufmännische Fortbildungsschule kann eine große Belastung sein, denn es ist von der Vertretung der Kaufmannschaft, der Handelskammer vorgeschlagen worden. Ebenfalls wenig kann ich zugeben, daß eine Erhöhung des Wasserpreises, und der Kanalgebühr gar so schwer die Hausbesitzer drückt. Ich lege allerdings dieser Frage keine so große Bedeutung bei, weil ich der Meinung bin, daß wir schließlich die Zuschläge nicht sehr viel erhöhen brauchen, aber erhöht müssen sie werden. Die hohen, in den letzten Jahren so gewaltig ansteigenden Volksgeldern ärgern mich auch; wir können das aber nicht ändern.

### Stadtv. Prusoff (Kons.):

Herr Lobe hat gesagt, nach Verkauf der Schlachthauswerke jeder Fleischermeister mindestens 8000 Mark jährlich verdienen. Ich verstehe nicht, wie er das beweisen will. Der Lobe weiß wohl, was er an Einkommen hat, aber bei der Fleischermeister ist das anders. Wenn ein Fleischermeister nur ein schönes Geschäft hat, ein Konkurrenz aber das Bündel Fleisch billiger verkauft, bleibt er in seinem Laden allein. Nicht der Fleischermeister verdienen etwas nach der Aufhebung der Schlachthaussteuer; sie kommt vielmehr allen zu Gute, weil da Fleisch unter dem Druck der Konkurrenz einfach billiger wird. (Beifall: Dann ist's ja gut!)

Stadtv. Jeron (Kons.) sagt, daß jedesmal, wenn ein Preisausschuss gebraucht werden, die Schraube der Einkommen-, Grund- und Gebäudesteuer sowie der Gewerbesteuer fester angezogen wird. Die geplant gewesene Steuer auf Schankkonzessionen wäre eine Ertragssteuer gewesen. Die Steuerforderung wie die auf Einführung von Schulgeld in die Fortbildungsschule gehen von der größten Kenntnislosigkeit darüber, wie die Geber aufgebracht werden. Er wünschte, daß der Oberbürgermeister in Breslau zwei Grundstücke besitze, um selbst zu prüfen, wie schwer dem Hausbesitzer das Leben gemacht wird. Wegen der Aufhebung der Schlachthaussteuer könne das Fleisch nicht billiger werden. Wenn die Viehpreise nicht heruntergingen, würden auch die Fleischpreise so hoch bleiben. Das Einkommen der Fleischermeister sei geringer als das der Herren Lobe und Genossen; die Fleischermeister seien sehr notleidend geworden. Beim Theater sei es dem Herrn Lobe und Genossen auch wieder gelungen, daß alle anderen bezahlen müßten, bloß sie selbst nicht. Die Buletts von 150 Mk. müßten 15 Pf. Steuern bezahlt werden, aber die Plätze unter 1 Mk. hätten die Herren freizulassen. Die Herren haben die beste Übung darin, andere bezahlen zu lassen, wenn sie selbst bloß nicht zu zahlen brauchen. Reider empfiehlt die Einführung einer Filialsteuer und zwar ganz gleichgültig, ob auswärtige Städte oder Breslauer Filialen errichtet werden. Das Filialwesen sei in keiner Stadt so groß, wie in Breslau. Es gebe eine ganze Masse von Geschäften mit 8 bis 10 Filialen, deren Inhaber bloß groß dastehen, glänzen wollten. Deshalb beantrage er, alle Filialen zu besteuern.

### Stadtv. Dr. Niemann weist auf die Pariser Ueberschuldung hin.

Auch in Breslau sei eine solche Gefahr vorhanden. Schon seit Jahren wird betont, daß eine Regelung der Fortwärtigkeit nötig ist; es wird da viel geschrieben, aber getan wird nichts. Es sei an der Zeit endlich die Arbeit zu beginnen.

### Stadtrat Schmidt und Stadtbaurat v. Scholz führen an,

daß die Breslauer, lediglich auf das Donat'sche Projekt zurückzuführen sei. Solan ein dieses Projekt, konnten für Breslau keine Uebereinstimmungen erfolgen. Erst am vorhergehenden Tag aber habe der Magistrat dem Oberpräsidenten Breslauer Pläne in Bezug auf Hochwasserregulierung vorgelegt.

### Stadtv. Dr. Gerschel (Zentrum):

Es ist ja üblich, daß in der Generaldebatte jeder sein Glaubensbekenntnis vorträgt. Herr Lobe hat aber den zuständigen Rednern nach zwei Redaktionen überhört. Er hat hier die Behörden kritisiert, was wir nicht da sind. (Zuruf: „Dagegen hat nicht einmal der Vorsteher etwas einzuwenden gehabt.“) Der Herr Vorsteher hat das gewiß nicht gehört, sonst hätte er es einsehen müssen. Dann hat Herr Lobe auch ein Klagegedicht über die Reichs- und Staatsgesetzgebung geäußert. (Zuruf: „Die stehen auch im Etat.“) Der Etat hat der doch nicht gelesen. „Seite 5 steht“. Heiterkeit. Herr Lobe hat die Polizei angegriffen; der Oberbürgermeister hat sich neutral gezeigt und die Rathauspartei hat sich hiergegen ausgesprochen. Man kann ja der Meinung sein, daß unter Wahlrecht krank, aber ... (Vorsteher: „Aber ich bitte

figen, den Tod. Als eine Stunde hinter der Kaufmann und dessen Frau zurückkehrten, nahmen sie Gasge und wahr und ließen die Kinder durch die Polizei führen. Die S. lag bewusstlos auf dem Fußboden. Einmal Arzt gelang es nach längerem Zaudern, sie wieder zum Bewußtsein zu bringen.

Bei einem Automobilunglück verdrängt. Sie aus Verdrängung emporgehoben wird, fährt ein von dem Spermann u. Mann genantes Automobil um, als es nach einem Zwischenfall wollte und besand u. Mann und den Spermann. Die Spermann mit H. Ten Chauffeur gelang es, u. Mann zu befreien. Bei dem Verdrängen, auch Besonderen zu retten, geriet das Automobil infolge der Explosion des Benzinbehälters in Brand. Die Spermann konnte nur als vollständig verbrannte Leiche befreit werden.

Wilde in Dierkassen. Die aus Bayern bekehrte Wild, und vom spanischen Dierkassen in die Käse bekehrte Wild haben unter den Straßenschildern ein Bild an der Wand. Ein Bauer wurde vor dem Lagerhaus von einem Wolf angefallen und tödlich verwundet.

Wasserversorgung mit Todeserfolg. Die Straßenschilder in Nordhausen veranlaßt nach mehrtägiger Sitzung den Senat des Landes von hier, der schon seit längerem Jahren im Besitze der Wasserversorgung war, wegen Wasserversorgung mit Todeserfolg zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Haft und wegen Verdrängen von verdrängten Gefangenen zu 20 Mark Geldstrafe. Er habe im vorigen Jahre durch die Verdrängung von Gefangenen den Tod einer hiesigen Beamten verursacht.

Ein Doppelmörder begnadigt. Ein lebenslänglicher Gefangener, der bei der Verdrängung von Gefangenen tödlich verwundet wurde, wurde nach dem Verdrängen von Gefangenen begnadigt.

Wilde in Dierkassen. Die aus Bayern bekehrte Wild, und vom spanischen Dierkassen in die Käse bekehrte Wild haben unter den Straßenschildern ein Bild an der Wand. Ein Bauer wurde vor dem Lagerhaus von einem Wolf angefallen und tödlich verwundet.

laid und im Aufstand gesucht wurden. Die Königin verdrängt, die eine heilige Leben zu führen schien, stand an der Spitze einer revolutionären Bewegung, die sich mit Revolutionären bekehrte. Die Bewegung der Königin war eine vollständig eingetragene Bewegung, in der die Polizei den größten Teil der revolutionären Revolutionen vorband. Bei dem Verdrängen von Gefangenen hatte die Königin einen Schicksal, der gleichfalls verdrängt wurde.

Ein jahres Geschehen. Man schreibt der Tageszeitung „Köln“ aus Köln: Die betrübliche Zahl von Selbstmorden, die man bei patriotischen Gelegenheiten und auch bei weniger feierlichen Gelegenheiten in Köln noch immer aufzählen sieht, konnte vermieden werden, daß Garibaldienerium und Langjährigkeit in einem inneren Zusammenhang stehen. Die unverkennbare Jugendlichkeit vieler Träger der roten Lemden nötigt dazu, eine andere Erklärung für ihr ansehend langames Ausleben zu suchen, und sie findet sie in der Tatsache, daß auch die Träger des roten Lemden bei verschiedenen Gelegenheiten so beim bekräftigenden Ausleben, im geschichtlichen Sinne, bei den Unruhen in Albanien und Mexiko, ja noch beim drohenden Ausbruch der serbisch-österreichischen Feindseligkeiten freiwillig gebildet oder zu bilden versucht haben, deren Anführer, auch wenn sie nie Fuß gefaßt haben, sich gern mit dem kommenden Kriegszustand identifizieren. Auch der bei einigen Jahren gefaßte Beschluß des Parlamentes, für die Überlebenden der Leutnant von Perle ein Ehrenlohn einzusetzen, der bald auf die Teilnahme anderer Garibaldienerium zurückzuführen ist (1866 in Südtirol, 1870 in Frankreich) ausgeführt werden sollte, hatte zur Folge, daß eine ganz ungewöhnliche Menge von Anwärtern sich einstellte. Jetzt haben sie sogar „Garibaldienerium“ und Erben von solchen gemacht, die gerichtliche Ansprüche an den Fiskus und die Krone auf Grund von Fiktionalen Verordnungen Giuseppe Garibaldi's aus dem Jahre 1860 (!) geltend machen. Sie führen sich dabei auf folgende Tatsachen an: Am 2. Juni genannten Jahres, drei Wochen nach seiner Landung an der Küste von Neapel, erhielt Garibaldi ein Dekret des Königs, daß, wer sich für das Verdrängen schloß, auch dem zur gesetzlichen Verdrängung an der Gemeindegewaltigen zugehörigen Gemeindegewaltigen ein bestimmtes Gehalt erhalten, daß dieser Anspruch verdrängbar sein und daß sonstige ausstehenden Gemeindegewaltigen Gehalt und Pensionen zu dem Zwecke ausgestellt

werden sollten. Nun ist also nach fünfzig Jahren jetzt gegen die staatliche Pensionverdrängung und das königliche Garibaldienerium ein Zivilprozess durch etwa ein Duzend Garibaldienerium anhängig gemacht, die als Mitkämpfer im süditalienischen Befreiungskriege den ihnen bisher vorenthaltenen Anteil an Pensionen verlangen.

Caruso und seine Doktorrechnung. Aus Mailand wird der „Frankf. Rta.“ geschrieben: Der östliche Enrico Caruso hat die begreifliche Schwäche, daß er zwar sein ein hohes Honorar einnimmt, aber ungern selbst hohe Rechnungen bezahlt. Im Frühjahr 1908 unterzog sich der Sänger in der Privatklinik des Professors Della Vedova zu Mailand einer größeren Operation mit nachfolgender Rehabilitation. Der Arzt sandte dem Sänger eine Rechnung über fünfzigtausend Lire zu. Caruso sand sie zu hoch und weigerte sich zu zahlen. Der Arzt lud darauf den berühmten Tenor vor das Tribunal von Neapel, das in Klagen gegen Caruso zuständig war, weil dieser seinen gesetzlichen Wohnsitz in Velleo Arentino hat, einem wenige Kilometer südlich von der Medicistadt gelegenen Orte. In der Klage ersucht man ausdrücklich, daß Professor Della Vedova dem Sänger den Rand der Schleichrechnung wieder in Ordnung gebracht, ein förmliches Gutachten über die Operation und einen schließlichen Bescheid über die Operation. Dieser dreifachen Operation folgte eine Kur von über einem Monat. Die Operation gelang so ausgezeichnet, daß Caruso seine stehende Stimme voll wieder erlangte und mit Unerschrockenheit die Bühne in Paris auf der Bühne gewartet hatten, einen neuen Kontrakt, in besseren Bedingungen als der alten, über 9 Millionen Honorar abschließen konnte. Der Karungsologe erwiderte das Tribunal mit Rücksicht auf die Kleinheit der Operation, die hohe Verantwortung und das berufliche Ansehen des Operateurs, daß vollständige Entlassung der Operation und die ökonomischen Resultate für den Patienten, den Commendatore Enrico Caruso zur Zahlung von 50.000 Lire an den Kaiser und zur Zahlung 25.000 Lire an die Garibaldienerium zu verdrängen. Der Prozeß sollte am 25. Februar in Neapel verhandelt werden. Jetzt aber haben sich beide Teile geeinigt und der Arzt hat sein Honorar auf 30.000 Lire herabgesetzt.

Verwaltungsreform. Die hiesige reformierende Bewegung von vren zwecks Verdrängung und Verdrängung des amtlichen Gehalts ist es anzureichen, sich der neuen Organisation zu bedienen, sowie die Schlichter unter den Unterdrückten vorzutreten. (Beifall.)



Stadtb. Herschel (erregt): Wenn ich hier Herrn Adde nicht antworten darf, dann werde ich meine Rede sofort... (Große Getreideli. Stadtb. Dr. Nitzke: Wieviel Milch für alle muß gelten.) Stadtb. Herschel: Herr Adde hat von der Erwerbung von 5 oder 6 Eichen geredet, da muß man doch erwidern können. Zwischen dem Rathhollentage oder dem Sonntagstier auf der Schweidnitzerstraße und den Straßendemonstrationen besteht doch ein Unterschied. Ihre Genossen laufen doch nichts, nicht einmal rote Schlipse, die bringen sie schon mit. (Getreideli. Dr. Herschel blüht triumphierend im Saale herum.) Ich habe die Demonstrationen auf der Schweidnitzerstraße mit angesehen und kann bloß sagen, daß dort die Balken ihre Befugnisse nicht überschritten hat. (Zuruf: „Dann sind Sie schlaueste ausserlesen, wie es losging.“ Getreideli.) Ich spreche nicht vom Christophoriplatz! Man braucht sich nicht wundern, daß Menschen, auch wenn sie eine Uniform anhaben, doch nervös werden. Wir müssen ein Gesetz haben, nach dem der Anführer dem Führer gleich erachtet wird, damit die Urheber nicht gefaßt werden können. (Zuruf: „Ein tüchtiger Jurist.“ Getreideli.) Ich bitte das Ministerium, sich nicht irre machen zu lassen in seiner staatsreifen Bestimmung.

Stadtb. Adde nimmt Herrn Aron dran, daß er nicht nur für Freilassung der Waise bis zu einer Mark, sondern gegen die ganze Pflanzener gestimmt hat und stellt fest, daß seine Riffen über Schillerstraße aus dem Etat stammen. Wenn der Waise meiste, keine Staatsrente besonders hervorhebt, so müsse Redner betonen, daß auch die Arbeiter Vaterlandsliebe besitzen. Das Vaterland werde sie sogar in der Stunde der Gefahr einmal sehr nobil gebrauchen. Deshalb solle man vorher dafür, daß die Vaterland so aussteht, daß es der Arbeiter auch achten und lieben kann. Jetzt ist das Gegenstück der Frau. Herr Herschel bedauert sich, wenn andere Rede einmal vom Thema abwichen, hat aber selbst kein Wort zum Etat gesprochen, sondern nur in Politik gemacht. Dabei waren es die alten patriotischen Werten, die wir schon soviel Mal gehabt haben, die er wieder vorbrachte. Wenn wir das gleiche Kommunalwahlrecht hätten, das er bekräftigt, dann läge Herr Herschel überhaupt nicht hier. (Getreideli.)

Stadtb. Seilberg (reiß. Volksh.) wünscht, daß solche Debatten, wie die zwischen den Stadtverordneten Adde und Herschel lieber an anderen Orten gepflogen werden und nicht die Einberatung dieser Waise zur das einzige, was die liberale Vereinigung als Partei zum Etat zu sagen wußte.

Der Referent, Stadtb. Meißner, verzichtet auf ein Schlusswort.

In der Föderation in Säckel soll ein Teil des Aufstalles zu einem vierten Wohnzimmer ausgebaut werden. Die Kosten in Höhe von 500 Mark sollen aus der Einköpfung des Milchadens vom 12. September gedeckt werden. Stadtb. Schüb befürwortet die Vorlage, die angenommen wird.

Ein Vertrag mit der Elektrizitätsgesellschaft in Breslau wurde genehmigt, wonach diese die Gleise der städtischen Straßenbahn in der Sellagestraße und Münzstraße mitbenutzen darf, während umgekehrt die städtische Straßenbahn ein Mitbenutzungsrecht an den Gleisen in der Matthisstraße zwischen Weichenburgerplatz und Michaelstraße erwirbt.

Die Erhöhung der Schlauchschleppbahnen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Weiter wurden noch angenommen ein Vertrag mit dem Kaufmann Max Fuchs über die Anlegung des nördlichen Teils der Ritschenallee von der Kaiser Wilhelmstraße bis zum Wasserwerk als Unternehmerroute unter Kostenfreier Abtretung des Geländes von 22 50 Meter Breite, sowie ein Vertrag mit dem Kaufmann Jakob Monasse über die Anlegung der Herberstraße zwischen Herberstraße und Sauerbrunnweg als Unternehmerroute unter Beteiligung der Stadt als Angelegterin mit städtischen Grundstücken mit der Hälfte der Kosten bis zur Höhe von 17 200 Mark und über den Verkauf einer städtischen Parzelle von 101 Quadratmetern zum Preise von 505 Mark.

Von der Heranziehung der Beamten mit den für das Jahr 1908 nachgezählten Gehaltssteigerungen zur Kommunalsteuer wird Abstand genommen. Dem Stadtrat Kuras wird der Städtefestmittel verliehen.

### Beihilfen für stillende Mütter.

In unseren Ausführungen über die städtischen Milchläden haben wir bereits einer weiteren Einrichtung Erwähnung, die seit einem Jahre zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit getroffen worden ist, der sogenannten Stillprämien. Den Vorzug vor jeder künstlichen Nahrung, darüber ist die Wissenschaft sich einig, hat stets die Muttermilch und bevor man nach einem Ersatzmittel sucht, soll nichts unterbleiben, um dem Kinde seine natürliche Nahrung zu erhalten. Aber auch hier hindert oft der Ernährungszustand der Mutter wie der Zwang zur Erwerbstätigkeit die Erfüllung der gesundheitlichen Forderungen. Um sie wenigstens zu erleichtern, sollen an arme stillende Mütter kleine Beihilfen gezahlt werden, die sie in den Stand setzen, Verdämnisse bei der Arbeit auszugleichen oder einen Zusatz zur Ernährung der Mutter zu gewähren. Im Etat für 1909 waren dafür 5000 Mk. eingestellt, die Summe wurde leider bald so unzureichend, daß die wöchentlichen Beihilfen von 2 Mk. auf 1 Mk. herabgesetzt werden mußten. Während die Milchläden völlig losgelöst von der Armenverwaltung unterhalten werden und ihre Benutzer damit überhaupt nicht in Verbindung bringt, entscheidet über die Gewährung der Stillprämien leider noch die Armenverwaltung. Doch wird, was ausdrücklich hervorgehoben sei, die Stillbeihilfe nicht als Armenunterstützung angesehen. Mit der Gewährung der Beihilfe ist der Verlust der politischen Rechte für die Chemänner nicht verbunden.

In solchen Fällen, in denen aber die gewöhnliche Verwendung des Geldes Bedenken bestehen, können für den Betrag wöchentlich auf Antrag des Arztes, des Bezirksvorstehers oder der Aufsichtsbahn Lebensmittel durch die Beihilfe eingekauft werden. Die Stillbeihilfe in Form einer täglichen Milchlieferung zur Verbesserung der Ernährung der Mutter abgegeben wurde grundsätzlich abgelehnt. Weitens die meisten Mütter, selbst sehr mangelhaft und solche, deren Kinder große wöchentliche Gewichtszunahmen aufzuweisen haben, haben kein Bedenken, ob ihre Nahrung für das Kind genügt. Daher wird festgestellt, daß eine Abgabe von Milch durch die Stadt, wodurch die Milch als Vorratsschmelz gekennzeichnet wäre, die Mütter veranlassen könnte, ihrem Säugling von dieser Milch anzuschleimen. So würde diese Art von Stillbeihilfen mindestens früher als sonst zu einer gemischten Ernährung (Brot- und Kuhmilch zugleich) verleiten und in vielen Fällen die Stilldauer verkürzen, anstatt sie zu verlängern.

Die Beihilfe wird in der Regel 8 Monate gezahlt. In den Sommermonaten kann die Beihilfe auf Antrag des Fürsorgearztes auch länger als 13 Wochen gewährt werden, jedoch prinzipiell nicht über den 9. Lebensmonat des Säuglings. Die Gewährung findet nicht vor Ablauf der ersten 8 Wochen nach der Geburt des Kindes statt.

Die Mütter, welche Stillbeihilfen erhalten, müssen je nach Verordnung des Arztes alle 8 oder 14 Tage in der Beratungsstelle erscheinen und dort ihr Kind stillen. Die Besichtigungen der Stillmütter und die Recherchen über ihre Bedürftigkeit, sowie über die

Wohlmeinenderns übernommen. Die Gewährung der Entzüge auf Stillbeihilfen geschieht durch die Armenverwaltung, die den Antrag des Arztes und die Auskunft der Aufsichtsbahn mit so großer Beschleunigung prüft, daß die Auszahlung der Beihilfe meist schon nach dem zweiten Besuche der Mutter in der Milchläde erfolgen kann.

### Ueber die Wirkung der Stillbeihilfen läßt sich der Bericht der Milchläden-Arzte wie folgt aus:

„Es gelangt meist ohne weiteres, stillende Frauen, die ihre Kinder bringen, um sie auf Milchlädenernährung abzurufen, durch Aussicht auf eine Beihilfe zum Weiterstillen zu bewegen. Meist verlangt es zwar, in solchen Fällen auch die Zufütterung-Einstellung, und zwar dadurch, daß den Müttern nachgewiesen wird, daß sie genau Nahrung für ihr Kind haben. Außerdem dienen diese Stillmütter, die regelmäßig vorkommen und in der Beratungsstunde selbst zur Feststellung der geringsten Menge gefüllt werden müssen, noch als sehr brauchbares Propagandamittel für das Stillen überhaupt. Da die Brustkinder mit den künstlich genährten zusammen vorkommen und abgeferligt werden, so wird den Müttern leichter an häufig schon ein- oder mehrmals an Ernährungserfahrungen erkrankten, meist aber jedenfalls nicht besonders auf geborenen Kindern der große Vorteil der natürlichen Ernährung immer wieder vor Augen geführt. Es ist zu hoffen, daß bei der stetig sich wiederholenden Beobachtung der so verschiedenen Ernährungserfolge die Wirkung auf die nicht stillenden Frauen nicht ausbleiben und so die natürliche Ernährung allmählich sich weiter ausbreiten wird.“

Diese Wirkung des Augenmerkens wird übrigens dauernd unterstützt und verstärkt durch die unermüdete Belehrung durch den Milchlädenarzt. So wird z. B. jede Mutter, die bereits abgesetzt oder nie gestillt hat, gefragt, warum sie so verfahren ist, und bei Angabe nichtiger Gründe einbringlich auf die Vorteile der natürlichen Ernährung hingewiesen. Um die Propaganda für die natürliche Ernährung noch zu fördern, wäre unseres Erachtens die Abtrennung der Verwaltung von der Armenverwaltung und die Genehmigung der Beihilfen in der alten Höhe von 2 Mark wöchentlich wünschenswert.

### Ein königlicher Beamter unter den Säbeln der Polizei.

Ein bürgerlicher Leser unseres Blattes schreibt uns: Zu Ihrem heut Abend stattfindenden Demonstrations-Vortrage gestalte ich mir ergebenst, Ihnen folgendes zu unterbreiten:

Ich war Augenzeuge jener empfindlichen Vorgänge am Sonntag und was ich hier sah, war ein groteskes Abbild jener Vorgänge, die ich seiner Zeit in Warschau mit erlebte, welche die zivilisierte Welt mit Entsetzen und Abscheu erschütterten. Der Unterschied war nur der, daß hier an Stelle der kaiserlichen Polizeigabeln herrschten. Ich mußte in schmerzhaftem Horn zusehen, wie man harmlose Arbeitergruppen wie die Hunde aneinanderjagte! Meine Hände ballten sich unwillkürlich und in meine Augen stiegen Tränen, Tränen der Wut.

Ein königlicher Beamter teilt mir folgende Begebenheit mit:

„Ich bin kgl. Beamter, habe 12 Jahr aktiv gedient. Am Sonntag kam ich mit der Elektrischen angefahren und entließ derselben mit mehreren Personen am Christophoriplatz. Eine Orlauerstraße (Café König). Raum das wir den Wagen verlassen, nähmen Polizeibeamte mit geschwungenen Säbeln auf uns ein und fordern uns zum Dauerauf auf, wobei ich einen Hieb mit der flachen Klinge über meine linke Arm erhielt.“

Ich kann mich nicht einmal dagegen wehren, sondern muß dies alles als kgl. Beamter auf mich nehmen! Die geringste Beschwerde und meine Entlassung wäre die Folge! Um meiner Familie halber muß ich mich geharrt in diese Schwachlagen. Diesen Vorfall haben hunderte von Passanten gesehen.“

Hier vereinigen sich willkürliche Brutalität, Terrorismus und Reaktion zu einem netten Kleblatt!

### Aus der Praxis der Berufsgenossenschaften.

Bei der Abzehrung von Unfallrenten wird der angeblichen Gewöhnung an erhebliche Verluste und Beschädigungen von Gliedmaßen eine sehr große Bedeutung beigelegt. Die Rechtsprechung ist seit ein paar Jahren dazu gekommen, sogar für den Verlust eines Fingers sehr bald nach dem Unfall die erst gewährte Rente zu entziehen, weil „Gewöhnung eingetreten ist und eine meßbare Schädigung auf dem Wirtschaftsmarkte nicht mehr vorliegt“, wie die bequeme Formel zur Deduktion wirklichen Unrechtes in der Regel lautet. Ein bezeichnendes Beispiel dafür, an welche erhebliche Verletzungen sich Arbeiter nach der Ansicht mancher Ärzte und Berufsgenossenschaften gewöhnen sollen, gab kürzlich wieder die Süddeutsche Holzberufsgenossenschaft, die überhaupt ganz besonders heftig gegen die Unfallverletzten mit einer Ausdauer vorgeht, die viel Gutes tun würde, wenn sie bei der Durchführung des Arbeiterschutzes angewendet würde.

Der Glaser A. in Offenbach a. M. verlor im Jahre 1905 durch einen Unfall sämtliche Finger der linken Hand und ungefähr ein Drittel der Mittelhandknochen. Die Hand, wenn man noch von einer solchen sprechen will, ist für jede Arbeit unfähig. Trotzdem versuchte die Berufsgenossenschaft schon nach ungefähr 1 1/2 Jahren, die Rente um 10 Prozent zu kürzen, weil der Verletzte sich an die Folgen des Unfalls gewöhnt habe. Dieser Versuch glückte nicht, das Schiedsgericht in Darmstadt sprach dem Verletzten die Rente von 50 Prozent weiter zu. Die Süddeutsche Holzberufsgenossenschaft versuchte aber nach zwei Jahren ihr Glück aufs neue. Ihr Vertrauensarzt, Dr. Grünwald in Frankfurt a. M., konnte zwar keine Veränderung an dem Stumpfe der Hand feststellen — das ging ja wirklich nicht — aber wozu ist der Begriff der Gewöhnung, diese bequeme Ausflucht, wenn man sonst nichts hat, da? Und so erklärte denn Herr Dr. Grünwald auch, daß jetzt, nachdem vier Jahre seit dem Unfälle verstrichen seien, die Annahme einer weitgehenden Angewöhnung für berechtigt zu halten sei und daß der Verletzte nur noch um 40 Prozent in der Erwerbsfähigkeit beschränkt sei. Wie sich die Arbeitsfähigkeit eines Stumpfes der Hand, der überhaupt zu keiner Arbeit verwendet werden kann, durch Angewöhnung heben soll, hat Herr Dr. Grünwald und die Süddeutsche Holzberufsgenossenschaft, die natürlich gestützt auf das erwähnte Gutachten, die Rente sofort kürzte, nicht verraten.

Das Schiedsgericht in Darmstadt mußte natürlich diesen unverständlichen Bescheid aufheben, weil es dem Verletzten nicht einsehen konnte, wie eine abgemessene Hand sich

Versuche der Berufsgenossenschaften, wie der hier geschäbte, sind nur dadurch erklärlich, daß in den Berufsgenossenschaften das Bestreben, die Renten möglichst niedrig zu halten, alle anderen Erwägungen unterdrückt. Die Organisation der Berufsgenossenschaften in denen nur die Unternehmer über die Festsetzung der Renten zu bestimmen haben, macht dieses Streben begrifflich, was aber beweist, daß die Organisation der Berufsgenossenschaften falsch ist und daß an ihrer Verwahrung die Arbeiter, die ihre gesunden Gliedmaßen nicht nur, sondern ihr Leben täglich opfern müssen, hervorragenden Anteil nehmen müssen.

\* Die Polizei streift alles ab. Das ist eine bekannte Tatsache, weshalb wir an alle Zugewandten der Vorgänge auf dem Christophoriplatz vom Sonntag die Bitte richten, umgehend ihre Adressen der Redaktion oder dem Parteisekretariat mitzutellen.

\* Was sagt der Kriegsminister zu dieser Justiz? „Bei unlosem Kriegsgerichte findet jeder sein Recht und es werden vor Vorgesetzte nicht anders behandelt als Gemeine.“ So der Kriegsminister in der bekannten Reichstagsagung, in welcher der Januschauer zum Hochverrat aufforderte. Die eine Illustration dazu. Unser Kriegsgerichtsbereitschaftler schreibt uns:

Der frühere Gefreite und Stubenälteste David vom Infanterie-Regiment 51 in Breslau stand vor dem Kriegsgericht der ersten Division in Breslau angeklagt der Mithandlung eines Untergebenen. Er hatte den Mustetter Rosenberger, weil er bei einer Revue von Spindeln die Kasseklappen am Rock nicht abgehängt fand, geohrfeigt! Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Gsche beantragte acht Tage Mittel-Arrest. Das Gericht erkannte aber auf Einstellung des Verfahrens, da es David nicht als Vorgesetzten handelnd erachtete! Die Spindelrevue hätte nicht zu seinen Obliegenheiten als Stubengefreiter gehört! Es liege nur einfache Körperverletzung gegen einen Kameraden vor, wegen dieses Deliktes aber sei kein Strafantrag gestellt!

David hat schon ähnliche Ausstellungen gegen Kameraden bezogen und ist darum auch schon disziplinarisch bestraft. Jetzt ist er vom Freiheitsgrad entfernt als ungeeignet dafür! Aber wegen der freien Oberseite geht er straffrei aus. Der Kriegsminister, Sie haben das Wort!

\* Zur Tarifbewegung im Tabakzweigwerke. Die Beihilfen hielten am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, in der die Lohnkommission Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgebern und deren Beschluß erstattete. Die Beihilfen verlangen eine 10 prozentige Lohnzulage, während die Meister nur eine Erhöhung von 2 Pfg. pro Stunde gewähren wollen, die übrigen Forderungen aber ablehnen. Die Versammelten waren mit dem Ergebnis sehr unzufrieden und es machte sich eine Neigung zum Streik geltend.

Doch gelang es der Kommission, die Kollegen vorläufig von diesem Schritt abzuhalten. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der erklärt wird, daß die Bewilligung von 2 Pfg. durchaus ungenügend sei und daß mit Bestimmtheit erwartet wird, daß die Herren Arbeitgeber größere Zugeständnisse machen. Zu Verhandlungen sind die Beihilfen bereit.

\* Die „Generalversammlung“ einer „Franken-Kasse“. Der Präsidenten-Vollzug wird gefordert! In den Bankener Nachrichten verzeichnet die bekannte Baugewerker-Franken- und Sterbeversicherungsanstalt, E. S. in Bangen, eine Einladung zu einer außerordentlichen Generalversammlung der Kasse, die Dienstag den 15. Februar 1910, Nachmittags 1 Uhr, im Restaurant „Alte Hof“, in Bangen stattfindet. Die Tagesordnung betrifft 1. Beschlußfassung über Veränderung der §§ 4, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 20, 22, 24, 25, 26, 28 und 41 des Statutens und 2. Beschlußfassung über Einführung von Ordnungsstrafen. Die Einberufung dieser außerordentlichen Generalversammlung ist notwendig geworden, weil die Antikassende eine Veränderung der Statuten auf Grund der vielen gegen die Kasse eingelaufenen Beschwerden für notwendig bezeichnet hat. Wir halten uns für verpflichtet, diese einberufene Generalversammlung bekanntzugeben, damit eventuell Mitglieder dieser Kasse an dieser Versammlung teilnehmen können. In Bangen sind unsere Willens keine Mitglieder dieser Kasse wohnhaft! Durch die beabsichtigte Veränderung der vorgenannten Paragraphen wird die bisher geltende Bestimmungen über die Antikassende nicht mehr berührt. Nach § 7 des Statutens kann der freiwillige Austritt nur am Quartalsende erfolgen und muß mindestens sechs Wochen vorher durch eingeschriebenen Brief bei dem Vorstand der Kasse angezeigt werden.

Eine Vertretung der Mitglieder auf den Generalversammlungen benannter Kasse ist nach § 36 des Statutens unzulässig. Kassen mit solchen einseitigen Geschäftspraktiken sollte jedermann im eigenen Interesse fernbleiben.

\* Der Verein für Besoldungswettfahren hielt am Montag seine Hauptversammlung ab. In dem der Versammlung vorgelegten Rechenschaftsbericht befindet sich als stärkster Ausgabeposten die runde Summe von 44.000 Mark, die vom Verein aufgewendet werden mußte um den notwendig gewordenen Umbau der Kabrenbahn-Eisenbahn-Gelände, im Frühjahr 1909 zur Ausführung zu bringen. Der Verein der nun in das 25. Jahr seines Bestehens eingetret, mußte sich an den 6 Remontagen des vergangenen Jahres außerdem noch mit einem Defizit von rund 3000 Mark abfinden. Dieses Defizit entstand einerseits durch die unglücklichen Witterungsverhältnisse, andererseits durch den Ministerial-Erlass, der die Motorführung, wie die Benutzung des Innenraumes verboten und von dem die beiden letzten Remontagen besonders betroffen waren. Der neu gewählte Vorsitzende Herr Sonntag erklärte, daß der Vorstand durch den Ministerial-Erlass in eine äußerst schwierige Lage gebracht worden sei. Die Nichtbenutzung des Innenraumes verursachte bei den Rennen einen erheblichen Ausfall von 2000 Mark. Es handelte sich nun darum, diesem Erlass zu genügen, ohne daß die sportlichen Interessen dabei geschädigt werden. Es wurde daraufhin für die Einrichtung einer neuen Fangvorrichtung, sowie der Reuanlage von 8 Rabotten ein Gesamtbetrag von 2500 Mark bewilligt. Ein Reklamation, der auf Aufforderung des Vorsitzenden Dr. Girsung, dem Gasse zu Beginn der Versammlung ausgedrückt wurde, fiel nicht gerade sehr begeistert aus. Es ist dies ja auch erklärlich, denn unter den 700 Mitgliedern, die der Verein zählt, sind doch mindestens auch demokratischere Elemente vertreten. Wenn der Vorsitzende den Loos mit der Sporkluft des deutschen Franzosen motivierte, so ist doch damit immer noch nicht argumentiert, wie man in eine aus Sporkluffen aller Parteien zusammengesetzte Versammlung, das monarchische Prinzip einzuverleihen kann, zumal Kaiserliche, euker in konterbätiven Kreisen, sonst nur bei besonderen Anlässen abhilt sind.

\* Großer Einbruch-Diebstahl. Am 8. d. M. Nachmittags gegen 4 Uhr, in ihrer sich in einem Grundstück auf der Kaiserstraße ein ziemlich großer Mann, mit fleischem schwarzen Schnurbart, lächelndem Gesicht, setzte er sich mit einem kleinen schwarzen und schwarzem Hut und roter Krawatte in einer Wohnung und gab sich als Verführer aus. Er trat ein und die Inhaberin der Wohnung ließ ihn ab und ließ, daß er darauf an der Nachbarwohnung klingelte; sie öffnete ihm und ließ ihn nicht abtrennen, als sie halb darauf ein hartes Geräusch aus der Nachbarwohnung vernahm. So war es dem Manne möglich, die Nachbarwohnung, deren Inhaberin ebenfalls war, mit dem Diebstahl zu öffnen und sodann mit Hilfe eines in der Höhe der Nachbarwohnung die Wohnung der Inhaberin zu verließ. Der Mann war ein gewöhnlicher Mann und ein gewöhnlicher Mann.











...Baderer und Anreicher sich in der am Donnerstag im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung eingehend befaßten. Genosse U. b. u. führte aus, daß sich in den letzten Wochen Dinge abgespielt haben, die nicht mit den Intentionen der Gewerkschaft in Einklang zu bringen sind. In einer Anzahl von Werksstätten ist bereits der Lohnzuschlag, wie er im Reichstaxtarif vorgesehen ist, gestrichelt worden, ohne daß die Ortsverwaltung in Kenntnis gesetzt wurde. Der Arbeitgeberverband sowohl, wie die Metallarbeiter haben die Metallarbeiter durch Zirkulare benachrichtigt, daß die Lohnherabsetzung schon jetzt zu gelten ist. Gegen das willkürliche Handeln hat Protest erhoben werden müssen, da der alte Tarif erst am 31. März 1910 abläuft und weil der Reichstaxtarif so viele Unklarheiten enthält, daß sie unbedingt durch ein Ortsstatut geregelt werden müssen. Des Arbeitgeberverband hat beim Hauptvorstand in Berlin angefragt, wie es mit der Einföhrung des Reichstaxtarifs zu halten sei. Der Vorstand antwortete, daß in Breslau der Reichstaxtarif erst nach Ablauf des alten Tarifs in Kraft tritt. Das änderte zwar die Situation, doch hielt die Ortsverwaltung es für nötig, mit den Vertretern der Arbeitgeber eine Aussprache zu halten. Dies stellte Adam eine Reihe von Vorschlägen zur Regelung der örtlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die unbedingt neuer Klärung bedürfen. Es sollen in der Woche vom 28. Februar bis 6. März Verhandlungen mit einem unparteiischen Vorsitzenden und Schriftführer stattfinden. Die Arbeitgeber haben alle Vorschläge akzeptiert, und so wird die nächste Zeit ergehen, in wie weit die Breslauer Geschlossen Vorteile erzielen. Da in Breslau Klassenlöhne gegolten werden, muß erst der durchschnittliche Mindestlohn gefestigt werden, und auf diesen Mindestlohn hat eine Zulage von 8 Pf. zu erfolgen. Unbedingt müssen die örtlichen Verhältnisse durch das zu bildende Tarifamt festgelegt werden. Werden schon jetzt die Zulagen gestrichelt, dann wäre es besser, eine gründliche Regelung überall durchzuführen. Daher der Protest. Leider sei es Adam von einzelnen Kollegen sehr verargt worden, die jetzt die Lohnherabsetzung nicht mehr erhalten, sie können die tatsächlichen Gründe nicht begründen, nach welchen die Tarifkommission gehandelt hat. Es wurden ihm unqualifizierbare Vorwürfe gemacht, die sich durch nichts rechtfertigen lassen. Solche Angriffe sollten endlich unterbleiben. Der Ortsvorstand wie die Tarifkommission wollen das Beste für die Gewerkschaft und man müsse ihnen Vertrauen entgegenbringen.

Nach einer Debatte brachte Kollege Hampel den Antrag ein, daß die jetzige Tarifkommission die Verhandlungen mit den Arbeitgebern führen und auch das Ortsstatut bilden soll. Der Antrag wurde angenommen. Im weiteren führte Adam an, daß bei den Verhandlungen die Frage eines paritätischen Arbeitsnachweises erörtert werden soll. Die Ortsverwaltung gibt zwecks

werden sollen. Kollege Rosenberger macht auf die am 24. Februar stattfindenden Gewerkschaftswahlen aufmerksam und fordert die Kollegen zu reiner Beteiligung auf. Alle Stimmberechtigten erhalten die Aufforderung durch das Gewerkschaftsamt Adam nach nähere Angaben über die Wahl. Ein Kollege ersucht die Versammelten dem Konsumverein „Vorwärts“ beizutreten.

### Arbeiterbewegung.

**In der Düngersabrik Neurath in Salzwedel** reichen die Arbeiter Lohnforderungen ein, die eine mäßige Erhöhung der Akordpreise bedeuten. Verhandlungen wurden von der Firma abgelehnt und darauf verwiesen, daß die Sache dem Arbeitgeberverband unterbreitet werden müsse. Eine daraufhin abgehaltene Sitzung des Arbeiterverbandes verlief resultatlos. Die Firma wollte nach dem logar Lohnreduktionen vornehmen. Als Antwort auf diese Provokation erfolgte die Arbeitsunterbrechung. In Frage kommen 89 Arbeiter. Daß die Polizei auch hier auf dem Posten ist, um die Interessen der Unternehmer zu schützen, geht aus einem Briefe hervor, den verschiedene Arbeiter von der Firma erhalten haben, und in dem es heißt:

„Sie brauchen sich durch die Arbeiter des sogenannten Verbandes nicht einschüchtern lassen, dieselben dürfen Ihnen nichts tun, und der Weg zur Fabrik ist zunächst Morgens, Mittags und Abends durch Polizei besetzt.“

Vor Jutta nach Salzwedel wird gewarnt. Die **Wappenhalter Färberbewegung**. Nachdem die Streikenden bis jetzt einmütig im Kampfe beharrten, beschloß der Verein der Färber- und Bleichermeister, am Donnerstag sämtliche Arbeiter ihrer Betriebe auszusperrn. Die Färbermeister drohen sogar damit, daß die Aussperrung auch auf Betriebe verwandter Branche ausgedehnt werden solle. Und das alles, weil die in Frage kommenden Arbeiter ihren knappen Lohn um 1 Mark pro Woche aufgegeben und den Sonnabendnachmittag frei haben wollen.

**Die Stärke der Gewerkschaften in Paris.** Einem Bericht des Pariser Gewerkschaftsrates, dem alle Pariser Organisationen der französischen Gewerkschaftszentrale (Confederation Generale du Travail) angeschlossen sind, entnehmen wir, daß dem Rathe Ende 1906: 185, 1907: 209, 1908: 207, 1909: 185 Gewerkschaften oder Gewerkschaftsstellungen angehören.

Die Zahl der angeschlossenen Mitglieder, für welche Beiträge entrichtet wurden, betrug 37.548 im Jahre 1906; 53.131 im Jahre 1907; 63.581 im Jahre 1908 und 73.000 1909. Es ist somit ein ständiger Fortschritt, auch in der Zeit der Krise, zu verzeichnen.

1000. Ja, Kneipen sind aus dem Jahre 1906 fast verfallen. Die Verjährungsfrist beträgt in diesem Falle zwei Jahre. W. Jostenstraße, Magistrats-Bureau IX, Blücherplatz 1. G. N. 100. Wenden Sie sich direkt an das Verjährungsamt G. N. 100. Der Kaufvertrag mit der angegebenen Sache ist erloschen; Sie brauchen aber, wenn Sie außerhalb des Wohnortes verkaufen wollen, einen Wandergewerkschein, den Ihnen die Verwaltung ausstellt.

U. Slegnit. 1. Genosse U. r. k. in Offenbach im Reichstag abgeordneter und vertritt den Wahlkreis Offenbach-Dieburg. 2. D. Invalidentaxe muß abgelehnt werden. G. S. Wenn Sie meinen, daß Sie einen Fabrikbetrieb haben und nicht verpflichtet sind, der Schwarzrechnung beizutreten, müssen Sie beim Regierungspräsidenten Beschwerde erheben. W. M. Nach Ablauf der Lehrszeit kann der Ausgelernte ohne weiteres eingestellt werden. Der Meister ist nicht verpflichtet, den jungen Mann so lange zu beschäftigen, bis er die Gesellenprüfung abgelegt hat.

Carl Liebsdorf. Ja. G. S. 1. Sie werden einen Auslandspaß kaum bekommen. Wenden Sie sich an Polizei-Kommissariat 3. Nein, Sie müssen dann hier nachbleiben. 2. Ein Schreiben vom 1. Februar haben wir nicht erhalten. G. S. U. S. 1. Beschweren Sie sich über den Vormund, das Gericht wird sicher einen anderen Vormund bestellen. 2. Die Mutter kann zur Unterhaltung ihres Kindes angehalten werden.

W. S. 1. Die Kinder der zweiten Ehe haben in diesem Falle nichts zu fordern. 2. Die Beerdigungskosten können Sie abrechnen. 3. Wenden Sie sich an die Krankenkasse, deren Mitglied der Verstorbene war.

W. S. 1. Großmutter. Mit Sonntag, dem 20. Februar, einverstanden. 100. Das Kon'vo von L. beträgt 18,60 M.

G. S. 1. 100. Was ist über die Kasse nichts Ungünstiges bekannt. G. S. 100. Gegen die Höhe der Rente (15 M. monatlich) können Sie nichts machen, denn das ist hier der übliche Satz, wozu alle verpflichtet werden.

**Der Mann in die Gewerkschaft!  
Die Frau in die Genossenschaft!  
Beide in die Partei!**

Am 8. Februar verstarb nach schweren Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Grossmutter, die  
**verw. Frau Ottilie Hahn,**  
geb. Biewald.  
Dies seligen Lebensjahr an 720  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Beerdigung: Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Bernhardin-Friedhofes in Rothkreutzscham.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und grosser Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Gattin und Mutter  
**Frau Bertha Scholz**  
sage ich allen Genossinnen und Genossen meinen herzlichsten Dank, sowie auch für die schönen und kostbaren Kränze, die am Grabe niedergelegt wurden.  
Gustav Scholz  
Hermannsdorf, den 10. Februar. In Namen der Hinterbliebenen.

**Stadt-Theater.**  
Freitag, 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
„Der deutsche König“.  
Sonnabend, 7 Uhr:  
„Die Wallrä“.  
Sonntag, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr:  
„Der Barbier von Sevilla“.  
Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
„Madame Butterfly“.

**Lobe-Theater.**  
Freitag, 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
„Das Baby“.  
Sonnabend, 7 Uhr:  
„Der Skandal“.  
Sonntag, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr:  
„Die Hebermann“.  
Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
„Der Skandal“.

**Thalla-Theater.**  
Sonntag, 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
„Der fidele Bauer“.  
Bühnenmusik Sonnabend von 10 bis 2 Uhr, Sonntag von 11-2 Uhr im Stadt-Theater, im Thalla-Theater.

**Schauspielhaus.**  
Freitag, 8 Uhr:  
„Das ist der Gipfel“.  
(Schauspielreihe)  
Sonnabend, 8 Uhr:  
„Lumpenwagabunden“.  
Sonntag, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr:  
„Die Föhren-Straße“.  
Abends 8 Uhr:  
„Lumpenwagabunden“.

**Liedliche Establishment**  
Tägliche:  
**Hartstein**  
mit dem glänzenden Programm.  
Freitag, 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Der Bühnenchef ist Sonntag, Montag & Dienstag.

**Viktoria-Theater**  
Schauspiel Henry  
**Zander**  
Der fidele Bauer.  
Carl Schütz

**Zeltgarten**  
Dir.: H. Krzinski.  
Tägliche:  
**Künstler-Vorstellung.**  
Sonnabend u. Sonntag  
nachmittags:  
**Kinder-Vorstellung.**  
Kleine Preise.

**Palmengarten**  
Dir.: H. Krzinski.  
Sonnabend:  
**Bockfest**  
in la München.  
2 Kapellen.

**Prämierung**  
bei diesem Feste und der nächsten Tage.  
Eintritt frei.

**Colosseum**  
Nikolaistr. 27  
Größtes Kassenlosg. Theater  
Schlesiens.  
Morgen Sonnabend  
wieder vollständig neues  
Programm.  
Tägliche 4-11 Uhr.  
Eintritt 25, Kinder 10 Pf.  
Rauchen erlaubt.

**Eis-Palast**  
größte Eisbahn  
Gartenstrasse 79.

**Billig! Fleisch!**  
Küchenschinken, 65 u. 70 Pf.  
Schinken, 65 Pf.  
Schinken, 65 Pf.  
Schinken, 65 Pf.  
Schinken, 65 Pf.  
Schinken, 65 Pf.  
Schinken, 65 Pf.

**Zu billigsten Preisen**  
kauft man das eleganteste und haltbarste  
bei denkbar größter  
Auswahl in  
Schneiderei-, Kinder-, Strand- und Jagdschuhen, sowie Holz-  
schuhen aller Art, zu billigsten Preisen nur bei  
**Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,**  
Friedrich-Wilhelmstr. 52, gegenüber dem Friedrich-Straßstr.

**Zähne** von 20 Pf. abwärts  
Reinigung,  
Klebung von 1 Pf. an  
Kunstzähne, 1 Zahn u. 1 Pf. an  
Zahnärztliche Polierstr. 3, 2.

**Schlagende Beweise unserer Leistungsfähigkeit**  
erhält jedermann, der seinen Bedarf in Tapeten von jetzt ab nur bei uns deckt. Die Auswahl ist gross und modern. Die Preise sind enorm billig. Sie bekommen schon reizende Tapeten von 10 Pf. an; elegante Goldtapeten von 16 Pf. an; prima Ingraintapeten von 50 Pf. an; beste Linkrust-Imitation für Sockel von Mk. 1.30 an.  
**Cremers Tapetenhaus, Taschenstrasse 22, Nähe Ohlauerstrasse.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband Waldenburg.**  
Sonabend, den 12. Febr., im „Deutschen Kaiser“, Altmärker:  
**Fastnachts-Vergnügen**  
mit Rebenrad u. sonstigen Ueberraschungen.  
Anfang 8 Uhr.  
Alle Genossen und Genossinnen laden ein [719] Der Vorstand.

**Grosses Bockfest**  
wird in alle Angehörigen, Freunde und Bekannten ganz  
ergeteilt einladen. Hochachtungsvoll  
Paul Galle, Biergarten, Hüppelstraße 21.

**Gründliche Volksversicherung mit besten Nebenbräuten**  
Sucht für **Waldenburg und Umgegend**  
einen **Inkassoagenten,** welcher gewillt ist, auch neue  
gehörigen Versicherungen abzusprechen.  
Kleine Renten event. Geh. Offerten werden sub V. 500 an die Expedition  
der Zeitung erbeten. 714

**Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen,**  
Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler  
kaufen Sie reell und billig bei  
**Paul Hauschild jr.,**  
Eisenwarenhandlung,  
Nr. 102, Friedrich-Wilhelmstrasse Nr. 102.

**Geschäftseröffnung.**  
Der gebildete Fleischer zum gen. Rosenbüschler, hat sich Sonnabend,  
den 12. d. M.  
Fischpinerstraße Nr. 38  
ein **Fleisch- und Wurst-Geschäft**  
eröffnet. Neben dem Fleischgeschäft ist auch eine gute Wurst zu bieten, bietet um  
gehörigen Preis.  
**Robert Schlewack.**

**Zur Konfirmation!**  
**Uhren, Ketten, Ringe,**  
**Broschen, Kreuze etc.**  
mit ganz feiner zu billigen Preisen. 410  
Bitte auf alle Firmen  
**Max Frenzel, 39** Friedrich-  
Wilhelmstr. **39**  
zu achten.  
Filialen unterhalte ich nicht. 39

**Zu billigsten Preisen**  
kauft man das eleganteste und haltbarste  
bei denkbar größter  
Auswahl in  
Schneiderei-, Kinder-, Strand- und Jagdschuhen, sowie Holz-  
schuhen aller Art, zu billigsten Preisen nur bei  
**Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,**  
Friedrich-Wilhelmstr. 52, gegenüber dem Friedrich-Straßstr.

**Malerlehrlinge**  
kann sich melden. Für gute Ausbildung  
ist gesorgt. G. Müller, Fischpinerstr. 1.  
Ein auch zwei intellig. Knaben  
welche die Dekorationen-Malerie erlernen  
wollen, finden unter günstigen Bedingungen  
Aufnahme bei  
**B. Lange,**  
Dekorationen-Maler,  
Polenz bei Freiburg.

**Weston** Näherin best. Sucht [721]  
Westendstraße 17, 2. Stg.

**Damen-Konfektions-Näherin**  
wende sich bei Meude, Westendstr. 51. [720]

**Neumarkt 45.**  
**Arbeits-hosen.**  
UNZERREISSBARE  
ARBEITS-  
HOSEN  
**Gustav Knauerhase.**  
Inhaber Oskar Dehme,  
Neumarkt 45. — Grgr. 1883.  
Filiale: Albrechtstrasse 2.

**Volksbräu 9 Pf.**  
trüblich-milchig,stofflos  
**Rad- und Rod-  
: Nutzge:  
Leichtwie, nur hochmodern  
A. Patalong, Bismarckstr. 3, I.  
neben Hotel Schles. Hof.  
Telephon 10779. 44**

Die sicher wirkstamen  
**Spül-Spritzen**  
2 Pf. u. 4, 8, 10, 12 M.  
aus der Verkauftstelle  
Hygien. Versandhaus  
Werner Schlegel,  
Breslau 1,  
Nikolaistr. 21, I. Stg.  
Verw. jede Frau zur  
Sop. Damenbod. Ver-  
sand direkt. Zahlz.  
Anerkennung.  
**Eduard Bornstein:**  
Die  
**verschiedenen Formen  
des Wirtschaftslebens.**  
Preis 20 Pf.  
Buchhandlung Volkswacht.

**Schluss der Winter-Saison.**  
Die vorhandenen Bestände in 727  
**Damen- und Mädchen-Paletots,**  
**Blusen und Kostümröcken**  
müssen Sonnabend, Sonntag, Montag u. Dienstag geräumt  
werden, da die Sommerwaren eintreffen.  
**Engl. Paletots,** erdenklich beste Stoffe, hell u. dunkel,  
Wert bis 30,00 20,00 15,00  
nur 7.95 nur 7.95 nur 4.95  
**Theater-Paletots,** hell, lange Fassons, angewebtes  
Futter, Wert bis 30,00, nur 4.95  
**Schwarze Paletots,** Stoff, Filzsch und Astrachan,  
Wert b. 60,00 40,00 21,00  
nur 24.95 nur 15.00 nur 9.85  
**Blusen,** Reine Wolle, gefüttert, Seide und Spitze  
Wert bis 25,00 18,00 10,00  
nur 9.85 nur 5.95 nur 3.95  
**Kostümröcke,** hell und dunkel Stück nur 3.95  
**Balikleider,** weiss, hellblau, lila, rosa, reich garniert  
nur 9.50 u. 6.50  
**Theater-Capes,** hell mit Pelz besetzt nur 6.50  
Diese Preise gelten nur für die Tage  
Sonnabend, Sonntag, Montag, Dienstag.  
**Heinrich's Konfektionshaus**  
Renschestrasse 7, Ecke Büttnerstrasse.



Preussisches Abgeordnetenhause.

18. Sitzung, Donnerstag, den 10. Februar, Vormittags 11 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Am Ministertisch: v. Bethmann Hollweg, v. Molke, v. Rheinbaben, v. Beseler, v. Breitenbach, v. Hübner.

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg erhebt sich nach Eröffnung der Sitzung. In diesem Augenblicke rufen die Sozialdemokraten stürmisch:

Psui, Psui, Volksverräter!

(Verwirrung und große Unruhe. Vizepräsident Dr. Vorsch schwingt die Glocke. Rufe rechts: Raus, raus! Erneute Rufe der Sozialdemokraten: Psui, Psui!)

Vizepräsident Dr. Vorsch: Ich bedaure, daß einem Mitglied der preussischen Staatsregierung

ein solcher Empfang zuteil geworden ist.

Weiterkeit bei den Soz. Erneute große Unruhe. Ein Wähler erster Klasse aus der Rübendtribüne ruft seinerseits: Raus, raus!

Ministerpräsident von Bethmann Hollweg: In Uebereinstimmung mit der Ankündigung der Thronrede vom 20. November 1908 legt die Regierung dem hohen Hause das Wahlgesetz vor, seiner Partei an Liebe oder zu Liebe. (Stärm. Gelächter links, Zuruf der Soz.: Mit Ausnahme der Junker!) Sucht nach Popularität leidet die Regierung nicht. (Lachen links.) Von keiner Erwähnung läßt die Regierung sich bestimmen. (Erneutes Lachen.) Hinter unfreiem sachlichen Bestreben darf nicht Unsicherheit oder Kenntnislichkeit vermutet werden. (Lautes Lachen links.) Unsere Vorlage steht in Uebereinstimmung mit der in der Thronrede behandelten Willensmeinung seiner Majestät.

Die Sozialdemokraten wollen mindestens das Reichstageamt, Anrecht auf Preußen übertragen. Aus ihnen bricht der nach Wille zur Macht. (Rufe bei den Soz.: Wir wollen nur Gleichheit. Lachen rechts.) Die Sozialdemokraten betrachten die Wahlrechtsfrage nur als eine Etappe auf ihrem Unternehmungswege. Auf diesem Wege werden wir den Herren nicht folgen. (Abg. Borgmann (Soz.): Sie werden schon müssen. Gegenrufe rechts: Ruhe, Ruhe!) Ihre Agitation und Ihre Zwischenrufe bleiben völlig wirkungslos auf die Entschlüsse der Staatsregierung.

Vizepräsident Dr. Vorsch: Ich bitte um Ruhe. Es wird doch auch ein sozialdemokratischer Redner das Wort erhalten. Sie müssen aber auch die Ordnung respektieren, die Sie für sich wünschen. (Rufe rechts, Stimm. Rufe rechts: Zur Ordnung rufen.) Die Geschäftsordnung gibt leider keine Mittel an die Hand, um gegen ein solches Benehmen vorzugehen. (Stimm. Rufe rechts: Raus, raus!)

Ministerpräsident von Bethmann Hollweg (fortfahrend): Beim Zentrum und beim Freisinn scheint nicht die Sucht nach eigener Herrschaft, sondern ethische und theoretische Motive die Forderung nach dem Reichstagswahlrecht zu veranlassen. Das Zentrum wird bei keinem Wahlrecht besonders verlieren oder gewinnen. Höchstens würden beim Reichstagswahlrecht die Persönlichkeiten wechseln. Dem Freisinn wird kein Zweck vorsetzen, daß er bei seiner Forderung eigenständige Zwecke verfolgt. (Weiterkeit rechts.) Der Freisinn hat seine glänzenden Zeiten beim Dreiklassenwahlrecht in den 60er Jahren erlebt, und damals wurde er doch von einem Putsch bedrängt. Heute verbandt nur ein einziges Mitglied der freisinnigen Vereinigung des Abgeordnetenhauses seinen Sitz einer Minorität auch in der dritten Wählerklasse. (Hört, hört! rechts.) In dem Ringen um die Gunst der Wähler wird

der Freisinn hinter der Sozialdemokratie um mehrere

Werdelängen zurückbleiben. (Rufe, Zustimmung rechts.) Es sei denn, daß der Freisinn so demokratische Töne anschlägt, wie sie den Vertretern des gebildeten fortgeschrittenen Bürgertums nicht anstehen. (Unruhe bei den Freis.) Die Freisinnigen würden die Schwächung der Konservativen erreichen, aber lachender Eibe wäre die Sozialdemokratie. (Rufe, Zustimmung rechts.)

In den Streit über die Vorzüge und Nachteile einzelner Wahlsysteme will ich mich hier nicht einlassen. Zu praktischen Ergebnissen würde eine solche Diskussion doch nicht führen.

Nach der gemäßigten Liberalismus. Der im Prinzip für das Pluralwahlrecht ist, wünscht eine Reform des Landtagswahlrechts. Das ist nicht bloß Stimmanregung, wenn auch die Suggestionen im Reich der Zeitungen groß ist. (Weiterkeit rechts, Unruhe links.) Die Bedeutung der Wahlrechtsfrage darin zu liegen, daß sie zu einer Formel aller politischen Unzufriedenheit und politischen Wisstums geworden. (Zuruf bei den Soz.: Mit Recht!) Darum hat sich auch die Wahlrechtsfrage so tief eingeschrieben: „Reaktion“, „Bureaucratismus“, „Polizeiregiment“, „Agrarier“, „agrarisches Feudalhaus“, „Junkerium“ — alles das soll mit der Reform des Wahlrechts beseitigt werden. (Sehr richtig! links.) Bei uns herrscht eine politische Bitterkeit vor, wie sie trotz aller heiligen Wahlstimme Englands nicht kennt. So wurde auch in den Konflikt aus Anlaß der Reichsfinanzreform persönliche Verstimmung hineingetragen. Nun gibt es im Dreiklassenwahlrecht Dinge, die als Mißstände empfunden werden und wirklich Mißstände sind und von einer radikalen Reform dieses Wahlrecht erwartet man den Wechsel aller Dinge. Aber das ist eine Täuschung. Bisherig als die Theorie ist die Praxis. Das Dreiklassenwahlrecht wirkt nicht feudalistisch. Es hat nacheinander fortschrittliche, national-liberale und konservative Mehrheiten ergeben. Man sagt, daß das Abgeordnetenhaus eine die niedrigen Stände bedrückende, einseitige und plutokratische Politik betreibt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man stellt

Prüfen als Land der finsternen Reaktion

hin. (Rufe b. d. Soz.: Das ist Preußen auch! Heftiger Widerspruch rechts.) Man soll dieser Farce einmal ins Gesicht sehen, die schließlich im In- und Auslande als lebendiges Wesen an's Leben wird. Dies Hüften von Schimpf und Schande, dies Verhöhnungen des eigenen Volkes ist abgeschafft und unwürdig. (Rufe, Zustimmung rechts, Gelächter links.) Das preussische Steuerrecht befolgt die Tendenz, die demütigt in Ungunsten der Vermittelten starker heranzuziehen. (Lachen links.) Dagegen hat der Reichstag, das Parlament des demokratischen Wahlrechts, die Reichsfinanzreform beschließen, gegen die doch gerade die Linke die heftigsten Vorwürfe erhebt, die ich freilich nicht für begründet erachte. Wegen der Arbeiter, die Staatsarbeiter namentlich, ist das preussische Parlament des demokratischen Wahlrechts, die Reichsfinanzreform beschließen, gegen die doch gerade die Linke die heftigsten Vorwürfe erhebt, die ich freilich nicht für begründet erachte.

Wegen der Arbeiter, die Staatsarbeiter namentlich, ist das preussische Parlament des demokratischen Wahlrechts, die Reichsfinanzreform beschließen, gegen die doch gerade die Linke die heftigsten Vorwürfe erhebt, die ich freilich nicht für begründet erachte. (Minutenlanges Weiterkeit links, Rufe links: Wo ist es denn die?) Formal mögen ja die Liberalen manches an der Selbstverwaltung zu tadeln haben, aber materiell ist doch an der amaltenen höchsten Naturarbeit der preussischen Selbstverwaltung nicht zu zweifeln. (Sehhafter Widerspruch bei den Soz.) Und was den angeblichen Politikat anbetrifft, so gibt es keine Gehegegebungen, die so mißtrauisch wie die preussische den Rechtsstaat auszubilden sucht. (Schallendes Lachen links.) Wir haben sogar schon ein Jubiläum gegen die Politik. (Große Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Also wie kann man im Ernst dem preussischen Staat mit dem preussischen Parlament rückwärtsliche Tendenzen vorwerfen? Ich glaube auch nicht, daß der gemäßigste Liberalismus die preussische Gehegegebungen, an der er selbst so hervorragend mitgearbeitet hat, für rückständig hält, und der konservativen Partei im ganzen rückwärtsliche Tendenzen zuspricht.

Verwaltung und in der Gesehantwendung die Konserbativen sehr bevorzugt. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) In Preußen aber, bei dem starken Königium, das wir hier haben, (Lebhaftes Bravo! rechts) sowie in Reich, wo schon die Stellung des Bundesrates das verhindert, ist eine Parteiregierung einfach unmöglich. Das preussische Königium ist ein Königium für alle! (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auch die konservative Partei will und muß ihre Unabhängigkeit gegenüber der Regierung wahren, wie die Regierung ihre Unabhängigkeit gegenüber den Konservativen wahren. (Weiterkeit links.) Die Herren von der Linken behaupten, daß die politischen Beamten und besonders die Landräte den Konserbativen bei den Wahlen Handlangerdienste leisten (Lebhaftes und wiederholtes Sehr richtig!) und andere an der freien Ausübung des Wahlrechts verhindern. (Erneute lebhaftes Zustimmung links.) Der Beamte ist ein Diener des Staates. (Zuruf bei den Liberalen: Sollte er sein! Zuruf bei den Sozialdemokraten: ein Diener der Junker!)

ein Diener der Junker!

(Lärm rechts.) Allgemein bekannte Grundsätze (Zuruf bei den Liberalen: Die nicht befolgt werden!) schreiben den politischen Beamten die Vertretung der Regierungspolitik gegenüber allen Parteien vor. Wenn sich die politischen Grundsätze — Gott sei Dank ist das nicht der Fall — dazu auswachsen sollten, daß ein Beamter seine Macht politisch mißbraucht, so kann das für den Staat nur verhängnisvoll sein. Es würde das in der Bevölkerung die Liebe und Liebe zum Staate gefährden, ohne welche Preußen nicht leben kann. Einen solchen Mißbrauch mißbillige ich auf das Entschiedenste. (Lautes Lachen links.) Lachen Sie nicht immer, wenn Sie nichts Besseres wissen, dann schweigen Sie lieber. (Stürmischer Widerspruch links, Zustimmung rechts.)

Unsere Landräte

Sind mit den wirtschaftlichen Interessen ihres Kreises so verknüpft und gehen so in der Arbeit für diese Interessen auf, daß es ein Unrecht ist, Kusnahmen, die liberal vorkommen, der Allgemeinheit zur Last zu legen und von einzelnen Mißbräuchen auf den Geist zu schließen, der in der Verwaltung herrscht. Noch ein Wort über den Vorwurf, der hiermit im Zusammenhang steht. Man sagt, das preussische Beamtentum sei verknüpfert. Der Geist eines Beamtentums wie das preussische ist nicht willkürlich, nicht zufällig. Er ist mit der Geschichte geboren, mit der Entwicklung des Staates, bei der das Beamtentum seine unwürdige Rolle spielte. Die Enttötung hat dem preussischen Beamtentum die strenge und vielfach barische Art gegeben, durch den es das Erregende behauptet. (Weiterkeit rechts.) Nicht immer hat dieser Geist sich gehalten, gerade nach seiner besten Zeit, nach den Stein'schen Reformen, erklärte er bald im Bureaucratismus. Der staatliche nationale Organismus Preußens kann nur erhalten werden, wenn er von freiem und vorurteilslosem Geiste erfüllt ist. (Lachen links.) Diese Ausführungen sollen keine Lobrede sein auf die preussische Verwaltung. Ich habe ja auch auf Mängel hingewiesen, die zum Teil schuld sind an dem

Wißmut, der weite Volksstreife erfüllt.

(Lachen links.) Hinter diesem ganzen Wißmut steht das unbehagliche Gefühl, daß wir nach dem Ausschaffung uns in Zukunft in einer Periode der Stagnation befinden. (Sehr richtig!) Diese Wißmut verlangt eine Reform des preussischen Wahlrechts. Man soll sich aber nicht in der Hoffnung wegen, daß der Anfang zu allem Guten gefunden sei, wenn erst das preussische Dreiklassenwahlrecht abgeschafft ist. Die Fragen der politischen Kultur und Erziehung reichen viel weiter als die Form des Wahlrechts. Ich behaupte, daß politische Kultur und Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet wird. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.)

Die Zeit, wo das Parlament die politische Bildung des Volkes andemacht, ist vorüber.

Welchen Anteil nimmt denn das Volk an der laufenden tatsächlichen Arbeit der Parlamente? Die Stimmungsbilder der Presse machen häufig den Eindruck, als seien sie Berichte über eine Theateraufführung. (Weiterkeit.) Die Presse, die ein Minister anhat, spielt eine größere Rolle, als die sachliche Verhandlung. (Große Weiterkeit.) Am lustigsten wird es aber, wenn ein Abgeordneter einen recht temperamentvollen Angriff unternimmt und womöglich ein paar Ordnungsrufe erntet. (Große Weiterkeit.) Man soll also nicht behaupten, daß die Wahlrechtsfrage im Mittelpunkt unseres gesamten politischen Lebens steht.

Ich will nun in allgemeinen Zügen auf die Grundlagen der Reform eingehen. Mir wurde mehrfach vorgehalten, nur eine gründliche Liberalisierung des Wahlrechts könne eine weitere Stärkung der Sozialdemokratie verhindern. Erstens ist aber die Herkunft ein schlechter Ratgeber, und zweitens wird die Sozialdemokratie nur mit einem Wahlrecht zufrieden sein, welches sie zur Macht bringt. Die Regierung kann nur eine Reform vorschlagen, welche an das historische Gewordene anknüpft, das, was keine innerliche Berechtigung mehr hat, beiseite, und Vorsorge trifft, daß das zu Erhaltende sich nicht zu schädlichen Formen auswächst. Dieser Pflicht ist die Regierung in dem Entwürfe nachgekommen. Wenn man Bismarck zum Kronzeugen für eine radikale Reform des Wahlrechts anruft, so ist das eine grenzenlose historische Voraussetzungslosigkeit. Er selbst hat in 30jähriger Tätigkeit nichts daran geändert.

Von den einzelnen Bestimmungen der Vorlage will ich nur einen Punkt, einen negativen, kurz hervorheben. Der Entwurf hält fest am öffentlichen Wahlrecht,

um dessen willen ist er von vornherein für unbrauchbar, unwürdig und unanständig erklärt worden. (Sehr richtig! links.) Bis in die gebildeten Kreise der Bürger hinein hat man die Einrichtungen des eigenen Staates mit diesem Votum zu belegen beliebt. Das öffentliche Wahlrecht hat so gut seine Vorteile und Nachteile wie das geheime. Wir haben das öffentliche. Sollen wir davon abgehen, so müssen wir überzeugt werden, daß das geheime theoretisch und praktisch für Preußen das absolut Bessere sei. (Sehr richtig! rechts.) Die Geheimhaltung der Stimmabgabe, so meint man, soll dem Wähler ermöglichen, in voller Unabhängigkeit seiner politischen Ueberzeugung Ausdruck zu geben. (Sehr richtig! links.) Man soll den Begriff der Unabhängigkeit nicht überstreben. Unter ganzes Leben setzt sich aus Abhängigkeit zusammen. Es ist dies die

gottgegebene Abhängigkeit,

von der Bismarck immer spricht — einmal sprach. Diese Abhängigkeiten begleiten den Wähler auch in die Isolierzelle des Wahlraums, und es ist Wunsch jeder Parteileitung, daß ihre Angehörigen sich dieser Abhängigkeit recht lebhaft erinnern. Es ist aber ein Irrtum, wenn man behauptet, die Abhängigkeitsverhältnisse in wirtschaftlicher, sozialer und religiöser Beziehung seien in der gegenwärtigen Zeit stärker als damals, als das preussische Wahlrecht eingeführt wurde. Im Gegenteil, das patriarchalische Verhältnis von damals zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist zum Teil nicht mehr vorhanden. Wer im praktischen Leben steht, weiß, daß namentlich der Arbeiter immer unabhängiger geworden ist, und wie darüber hinaus alle Abhängigkeiten des Lebens in ihrer Wirkung geschwächt sind.

Die geheime Stimmabgabe schafft noch keine Unabhängigkeit. Sie verhilft ungleich dazu, alle geistig schwächeren Wähler nütze zu machen gegenüber den Einflüssen materieller Instinkte und persönlicher Verstimnungen und dergleichen.

Darum hat die Sozialdemokratie

beim geheimen Wahlrecht so viel Mitsäufer.

Darum ist es, wie doch sonst den Fanatismus der Öffentlichkeit ha eine so begeisterte Anhängerin des geheimen Wahlrechts. (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie, die immer nichterne und praktische Realpolitik treibt, schätzt also die Hilfe, die sie aus der Mitteltribüne bei der geheimen Wahl erwächst, höher ein als die Hilfe die sie bei öffentlicher Wahl durch den Terrorismus erzielt. Denn daß die Sozialdemokratie Terrorismus in sehr viel größerem Umfange treibt, als irgend eine andere Partei, das ist hier und in der Presse des öfteren auszuführen. (Leb. Zustimmung rechts, Abgeordneter Viehwitz (Soz.): Psui!)

Vizepräsident Dr. Vorsch ruft unter lebhaftem Beifall der Reden den Abg. Borgmann zur Ordnung, bittet ihn aber um Entschuldigung, da ihm toben gesagt wird, daß der Abg. Viehwitz Psui gerufen hat, nimmt den Ordnungsruf gegen den Abg. Borgmann „mit Bedauern“ zur und ruft nunmehr der Abg. Viehwitz unter lebhaftem Beifall der Reden zur Ordnung.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg (fortfahrend): Die Rechnung der bürgerlichen Parteien ergibt sich hiernach von selbst. Unter dem Schilde der geheimen Wahl gibt man ein politisches Verantwortlichkeitsgefühl gebundenen Einflüssen nach, zu denen es öffentlich sich nicht zu bekennen wagt. (Leb. Beifall rechts.) Aus diesen Gründen hält die Regierung an der übernommenen Öffentlichkeit der Wahl fest. (Leb. Beifall rechts.) Die Vorlage hat nun

Interesse weit über Preußens Grenzen hinaus

wachgerufen. Ich bin der Zustimmung der großen Mehrheit dieses hohen Hauses gewiß, wenn ich die Stimmen mit Entscheidung zu rückweise, welche dem Reiche eine Kontrolle über das zuzubringen, was wir hier beraten und beschließen wollen. (Leb. Beifall rechts.) Viehwitz wird gebeten, daß unsere konstitutionelle Entwicklung in verschiedenen Bundesstaaten homogene Bahnen einschlagen müsse. Das ist eine dogmatische Forderung ohne Verständnis für Deutschlands Geschichte und Kultur. Wir können und wollen die Eigenart der bayerischen und schwebischen und sächsischen Stämme, und wie sie alle heißen, nicht missen, eine Eigenart, die sich nicht nur in den Sitten der Bevölkerung, sondern auch in den politischen Formen der Staaten ausdrückt. Aber ebenso soll man uns auch nicht

unsere preussische Eigenart

verflümmern. (Leb. Beifall rechts.) Ich will aber nicht sagen, daß etwa in Preußen auf alle Dauer alles beim alten bleiben müsse, daß Ueberlebtes erhalten und Veraltetes wieder neu müsse. Preußen muß sich im Zusammenhang mit der ganzen deutschen Entwicklung erhalten. Wenn Sie, — und damit will ich schließen — bei der Beratung der Wahlrechtsfrage neben dem autoritativen Vermerk auch solche Gesichtspunkte, wie ich Sie eben angegeben habe, zu ihrem Rechte kommen lassen, dann werden Sie Beschüsse finden, die dem Wohle nicht nur Preußens, sondern auch des Deutschen Reiches dienen. (Stärm. Beif. rechts, Bisher b. d. Soz., erneuter Beif. rechts.)

Minister des Innern von Molke

erörtert die Einzelheiten der Vorlage. Der Saal leert sich fast vollständig. Bei der großen Unruhe bleiben seine Reden unverständig. Man hört nur, daß er die Beseitigung der indirekten Wahl damit begründet, daß die modernen Verkehrsverhältnisse sie überflüssig gemacht hätten. (Beif. rechts.)

Abg. Frh. von Rittshofen (konservativ):

Vorhin ist der Vertreter der Staatsregierung von Mitgliedern dieses Hauses mit Zurufen begrüßt worden, die nicht einmal auf die Straße röhren, und die ich aus schärfer Verurteile. (Leb. Beifall rechts, Lachen bei den Soz.) In anderen Staaten gibt es Mittel gegen solche Ungehörigkeiten, auch im Deutschen Reichsland. Dort kann eine gewisse erzehrerische Wirkung auf die Abgeordneten ausgeübt werden. (Zurufe bei den Soz.: Oldenburg.) Die Darlegungen des Ministerpräsidenten waren für uns von großem Interesse. Die Ideale, die er in seiner Rede vorführte, sind vielfach mit unseren Idealen identisch. Auch wir wollen keine Stagnation im preussischen Staatsleben. (Lachen links.) Wir sind keine Reaktiväre, wir wollen einen gesunden Fortschritt (Ern. Lachen links.) und treiben keine einseitige agrarische Politik. (Stimm. Weiterkeit links.) Den Worten des Ministers, daß es sich hier um eine interne preussische Angelegenheit handelt, stimmen wir zu. (Leb. Zustimmung rechts.) Ob auf allen Seiten dieses Hauses die Prüfung der Vorlage eine sachliche sein wird, scheint mir zweifelhaft. Auf dem sozialdemokratischen Preshenpote ist gelangt worden: „Wir Sozialdemokraten haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, diese Bestie von Wahlreform an ihrem eigenen Gift zu verrotten zu lassen.“ (Lachen rechts.) Wir aber werden die Vorlage sachlich prüfen und zwar wollen wir nicht jetzt schon eine Renarrenscheidung über die prinzipiellen Fragen herbeiführen, sondern Prinzipien wie Einzelheiten der Kommission zur Prüfung überweisen. Ich beantrage daher die Niederlegung einer 28-gliedrigen Kommission.

Wir haben schwerwiegende Bedenken gegen viele Einzelheiten der Vorlage. Ein ideales Wahlrecht gibt es nicht. Das preussische Wahlrecht hat sich bemüht. Unter ihm ist Preußen die Vormacht Deutschlands geworden. (Abg. Sirich (Soz.): ruft: Leider! Rufe rechts: Psui! und Raus mit ihm!) Ich stelle fest, daß ein preussischer Abgeordneter behauptet, daß Preußen die Vormacht Deutschlands geworden ist. (Hört, hört! rechts, Lachen bei den Soz.) Das bisherige Wahlrecht legte den Schwerpunkt in den Mittelstände. Es ist der Hort der beherrschenden Bevölkerungsklasse, ein Mittel in dandswahlrecht in des Wortes weitester Bedeutung. (Zustimmung rechts, Lachen links.) Ein berufsmäßig Wahlrecht empfiehlt sich nicht, denn der Abgeordnete soll Vertreter der ganzen Nation sein und nicht bloß eines Berufs. In England, dem Mutterlande des Liberalismus, haben nur die selbständigen Erwerbenden Wahlrecht. Die öffentliche Wahl ist von Genuß des Liberalismus, wie den Professoren v. Sybel und Gneist, verteidigt worden, ebenso hat Gneist die indirekte Wahl verteidigt.

Für die öffentliche Wahl hat sich u. a. auch unser jetziger nationaler Kollege Schmieiding in einem sehr beachtenswerten Artikel ausgesprochen. (Hört, hört! rechts.) Wenn die Regierung das bestehende Wahlrecht organisch fortentwickeln wollte, so hätte die indirekte Wahl beibehalten müssen. Ueber das Anwärden bestimmter Kategorien in eine höhere Klasse läßt sich reden, aber dann würde man das Anwärden ganz allgemein erfolgen lassen und nicht von der Steuerstufe in dem Verhältniß abhängig machen. In dem der Betreffende gerade wählt. So gut wie die Beamten können weite Kreise des Mittelstandes in Stadt und Land verlangen, emporgeschoben zu werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir dürfen den erwerbenden Mittelstand nicht zurücklassen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Aber die Arbeiter!) Die Sozialdemokraten wollen Preußen nicht als demokratisieren, sondern sozialdemokratisieren. (Zuruf bei den Soz.: Das haben wir ne gelernt!) Die Sozialdemokratie hat keine Empfindung für Preußens Größe. Wir aber wollen ein Königreich, das nicht abhängt von den Parteien, sondern von einem Höheren, von dem König aller Könige. Wir wollen eine geistliche Volksherrschaft, die in Gottesmacht und Königskrone erzieht. (Lautes Lachen bei den Soz.) Auch ein solches Parlament wünschen wir und nicht ein, worin die Herren herrschen, die solche Zwischenrufe machen, wie wir

\*) Junker v. Rittshofen fällt ein wenig, es war in der Diskussion nicht von der Wahlreform, sondern vom Dreiklassenwahlrecht die Rede. (D. R.)



